

**ABENTEUER**  
Allein auf dem  
Atlantik. Seite 9



**KONSUMENT** 18 Tablets im Test. Seite 12  
**BEILAGE** Alle Kursangebote des BFI der AK Vorarlberg  
**ARBEIT** Die wichtigsten Änderungen. Seite 15



Jänner 2016  
Nr. 1/2016, XXX. Jg.  
Zugestellt durch Post.at

# Aktion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz



## Wie einen Lehrplatz ergattern?

Bis Ende 2015 sind in Vorarlberg 2188 Personen – davon 1455 Burschen und 733 Mädchen – ins erste Lehrjahr gestartet. Das bedeutet ein hauchdünnes Plus von 0,74 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2014 waren es 2171). Der Weg zu einem guten Ausbildungsplatz beginnt mit der Bewerbung. Die AK hilft da gerne. ▶ Seite 14

Foto: Ludwig Berchtold

## Die Steuerreform wird endlich sichtbar

Mit Ende Jänner weisen Lohnzettel das „Mehr Netto vom Brutto“ erstmals aus – jetzt muss die Abschaffung der kalten Progression aufs Tapet – auch mehr Steuergerechtigkeit täte in Österreich not.

**MEHR GELD.** Zahlen wie fünf Milliarden kann sich in Wahrheit ja niemand vorstellen. Deshalb bleibt die Tatsache, dass die Steuerreform in den kommenden zwei Jahren so viel Geld bewegen wird, abstrakt.

Mit Ende Jänner 2016 aber können rund 6,5 Millionen österreichi-

sche Arbeitnehmer und Pensionisten gut nachvollziehbare Zuwächse auf ihren Konten feststellen. Wenn dort 80, 90, 100 Euro mehr stehen, ist die Tarifreform wirksam.

Damit ist nach zähem Ringen ein Ziel erreicht: „Betriebsräte und Funktionäre von AK und ÖGB haben

den Weg gebahnt“, betont AK-Präsident Hubert Hämmerle. Die Steuerreform nahm in Vorarlbergs Arbeitnehmervertretung ihren Ausgang.

Was folgt als Nächstes? Das „Aus“ für die kalte Progression nennt Hämmerle als Ziel. Und mehr Steuergerechtigkeit, die in Österreich

noch immer hinkt. Von den 81,8 Milliarden, die das Finanzministerium 2015 einnahm, stammten 27,3 Milliarden aus Lohnsteuern, 26,3 Milliarden brachte die Umsatzsteuer. Aber nur ein Drittel der Gesamteinnahmen stammt aus Steuern auf Gewinne, Spirit & Co. ▶ Seiten 4, 5

## Arbeit ist für viele mehr als nur ein Job

In der Studie „Österreichs beste Arbeitgeber 2015“ sprechen 83 Prozent der 30.000 befragten Mitarbeiter ihren Führungskräften das Vertrauen aus. Für 85 Prozent hat ihre Arbeit mehr Bedeutung, als nur einen Job zu haben.

► **Ländle-Hitliste** In Vorarlberg suchen AK und vol.at jedes Jahr die besten Arbeitgeber: [bestearbeitgeber.vol.at](http://bestearbeitgeber.vol.at)

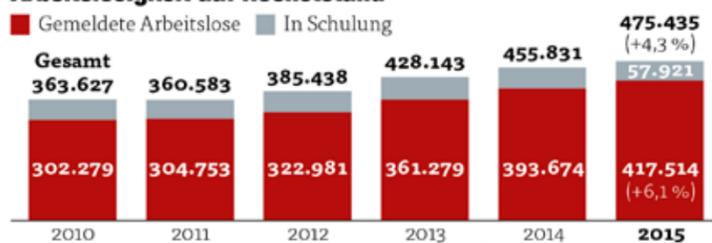
### Zeitwort

#### Wiki und die starken Seiten

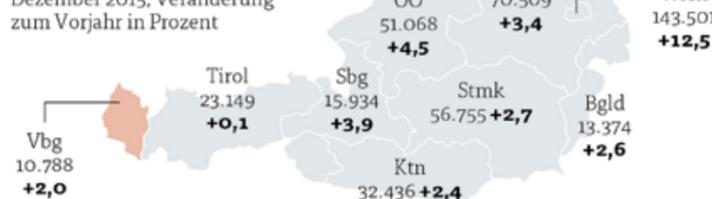
Was haben der Vorstandsvorsitzende, der seine Rede mit Zitaten würzt, und der 13-jährige Mittelschüler kurz vor dem Geschichtereferat gemeinsam? Sie wären ohne Wikipedia geliefert.

Die Enzyklopädie, deren deutschsprachiger Boden allein derzeit von 5662 Internet-Nutzern gemeinschaftlich bestellt wird, bietet seit 15 Jahren freies Wissen im Internet. Das Online-Lexikon ist schuld daran, dass der Brockhaus mit Goldschnitt nur noch erhalten muss, wenn ein paar Zentimeter bis zur Suppe fehlen. Was da in 280 Sprachen weltweit täglich um 20.000 neue Artikel wächst, suggeriert uns erfolgreich, dass wir nichts mehr lernen müssen, weil Wissen klickbar geworden ist. Andererseits lebt dieses Angebot im weltweiten Datennetz, wo alles kommerzialisiert wird, ausschließlich von Spenden. Und ist damit der lebende Beweis, dass Wissen per se etwas wert ist. tm

#### Arbeitslosigkeit auf Höchststand



**Bundesländer**  
Gemeldete Arbeitslose im Dezember 2015, Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Grafik: KEYSTONE, Quelle: AMS

#### Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500  
Info Arbeitsrecht – 2000  
Insolvenzrecht – 2100  
Sozialrecht – 2200  
Lehrling/Jugend – 2300  
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500  
Familie/Frau – 2600  
Konsumentenschutz – 3000  
Steuerrecht – 3100  
AK Bregenz – 5000  
AK Dornbirn – 6000  
AK Bludenz – 7000

[f /akvorarlberg](https://www.facebook.com/akvorarlberg)

[www.ak-vorarlberg.at](http://www.ak-vorarlberg.at)

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

### Raus aus dem Mittelmaß?

Die Vorarlberger Industriellenvereinigung hat ihren Neujahrsempfang unter das Motto „Raus aus dem Mittelmaß“ gestellt. Auf Landesebene soll mehr getan werden, um aus dem mittelmäßigen Wirtschaftsstandort Vorarlberg eine Topregion zu machen. Ein auf jeden Fall vernünftiger Ansatz, der sich wohlthuend von den üblichen plumpen Pauschalurteilen

wie: die Politik ist an allem schuld, wir haben zu viele Beamte etc., abhebt. Auch vermeidet der neue IV-Chef Ohneberg grobe rhetorische Ausfälle à la WK-Boss Leitl mit seinem ebenso legendären falschen Spruch vom abgesandten Österreich.

Dennoch stellt sich zuallererst die Frage: Sind wir wirklich nur Mittelmaß? Für wen ist der von der IV angesetzte Beurteilungsmaßstab zutreffend? Ohnebergs Vorstoß hat den noch gute Chancen, ernst genommen zu werden. Passieren wird allerdings nicht viel. Denn die politische Zuständigkeit für die Landespolitik liegt seit 1945 bei der ÖVP. Zudem wäre es illusorisch anzunehmen, dass sich eine europäische Miniregion wie Vorarlberg den globalen wirtschaftlichen Trends entziehen könnte. Das weiß Ohneberg natürlich auch. Deshalb vermute ich, dass er im Kampf gegen Mittelmäßigkeit die ewigen Nörgler und Jammere im Fokus hat. Zum Beispiel jene, die jetzt ankündigen, den Betrieb zuzusperren, weil die Registrierkassenpflicht (endlich) kommt. Haben die bisher ihre Steuern nicht bezahlt? Oder jene Unternehmer, die zwar nach weniger Staat rufen, aber bei jeder Gelegenheit mehr Wirtschaftsförderung aus Steuergeldern möchten. So ganz klar ist der Weg aus der angeblichen Mittelmäßigkeit an die Spitze jedenfalls nicht. Die Anhebung der mittelmäßigen Arbeitnehmerlöhne hat die Industriellenvereinigung jedenfalls nicht auf ihrer Agenda.

*Rainer Keckeis*

E-Mail: [direktion@ak-vorarlberg.at](mailto:direktion@ak-vorarlberg.at)

Gastkommentar von Kurt Greussing

### Wohltuendes Spenden

Drei Monate im Jahr spenden wir. Einen Monat haben wir schon hinter uns – die Zeit vom 6.12. bis zum 6.1. Es ist der Fremdspendenmonat. Denn da spenden wir für Fremde, solche in Österreich und solche draußen in der weiten Welt. Die zwei anderen Monate sind die Monate der Eigenspende. Da spenden wir uns selbst etwas. Man nennt diese Monate auch Fasching. Anfang

Dezember – also zu Beginn des Fremdspendenmonats – haben 800 gut gelaunte Menschen bei einer Benefizgala in Feldkirch 130.000 Euro gespendet. Das sind 160 Euro pro Mann, Frau und Nase. Die fehlen den Spendern natürlich jetzt im Eigenspendenmonat, sodass dieser eher karg ausfallen dürfte. Die 130.000 Euro seien ein

„Segen für jene Menschen, die dringend Unterstützung brauchen“, stand in der Zeitung. Das ist sicher richtig. Ein bisschen zu diesem Segen trägt allerdings auch das Land Vorarlberg bei. Und zwar mit rund 150.000.000 (in Worten: einhundertfünfzig Millionen) Euro im Jahr für die allgemeine Sozialhilfe. Doch eine derart kleinliche Rechnung wird nur ein Beckmesser aufmachen. Darum wenden wir uns Größeren zu und betrachten die Spende aus volkswirtschaftlicher Sicht. Sie transferiert einen Teil des Einkommens, der sonst womöglich auf die hohe Kante gelegt würde, an Ärmere, die diesen Transfer dann für alle möglichen Güter ausgeben. Auf diese Weise wird das Einkommen von Bessergestellten konsumwirksam entflichtet und die Wirtschaft bleibt in Schwung. Eine Besteuerung zwecks Finanzierung der allgemeinen Sozialhilfe hätte zwar dieselbe Wirkung. Doch würde sie jene verärgern, die stattdessen lieber spenden.

E-Mail: [greussing@yahoo.com](mailto:greussing@yahoo.com)  
Kurt Greussing ist freischaffender Sozialwissenschaftler.

# Leserforum

Herzlichen Dank

### Aktion Dezember: Wissen fürs Leben – Neue Impulse 2016

Es ist wieder höchste Zeit, an den sehr geehrten Herrn Doktor Franz Josef Köb sowie der Arbeiterkammer in Feldkirch herzlichen Dank auszusprechen, für die hochkarätigen „Wissen fürs Leben“-Vorträge mit tollen Vortragenden, die wir kostenlos in Anspruch nehmen dürfen.

Ich freue mich sehr, im Jahr 2016 wieder in den AK-Saal kommen zu dürfen und interessante Vorträge, von welchen so viel Positives mitzunehmen ist, zu hören.

Heinz Schmidt, Bregenz

### Ein klares Plus

#### Aktion Dezember: Ab 2016 monatlich mehr Geld

Ich zähle zu jenen glücklichen Menschen, die ihr Gehalt nicht nur jeden Monat pünktlich erhalten (das ist auch keine Selbstverständlichkeit), sondern auch im Voraus entlohnt werden. Deshalb halte ich das Ergebnis der Steuerreform be-

reits seit Anfang Jänner in der Hand und sage einfach: Danke! Nicht dem Vater Staat. So blauäugig bin ich nicht. Aber den Verantwortlichen von Arbeiterkammer und Gewerkschaften, die sich so ins Zeug gelegt haben. Ich hab damals auch unterschrieben. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass der Finanzminister seine Pläne für die Beseitigung der kalten Progression rasch angeht. 90 Euro mehr zur Verfügung haben oder nicht ist für mich jedenfalls keine Kleinigkeit.

Gerhard Müller, Feldkirch

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Schreiben Sie uns per Post an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, eine E-Mail an [leserbrief@ak-vorarlberg.at](mailto:leserbrief@ak-vorarlberg.at) oder auf [facebook.com/akvorarlberg](https://www.facebook.com/akvorarlberg). Wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht zu kürzen vor.

„Mit Reda kond d'Lit zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

2. Februar von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde  
Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle



Die Feldkircherin Nicole Heim bringt äthiopischen Kindern Mundhygiene bei.

## Äthiopischen Kindern das Zähneputzen beigebracht

Feldkircherin Nicole Heim engagiert sich in einem Waisenhaus

**ENGAGIERT.** Nicole Heim ist 28 Jahre alt und kommt aus Feldkirch. 2014 war die junge Frau im Rahmen der Caritas-Auslandshilfe als Freiwillige einige Monate in Äthiopien in einem Waisenhaus im Einsatz. Daraus erwuchs nachhaltiges persönliches Engagement. „Dort leben etwa 120 Kinder und Jugendliche. Während meines Aufenthaltes Zahnfüllungen ermöglicht. „Bevor ich im April 2016 wieder einen ganzen Monat vor Ort sein werde, möchte ich mich bei allen herzlich bedanken! Wer Fragen zu meinem Projekt

hat, erreicht mich jederzeit unter 0664/345 5091 oder [heimnicole.at@gmail.com](mailto:heimnicole.at@gmail.com).“



### Impressum

**Aktion** Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ▶ Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, E-Mail: [presse@ak-vorarlberg.at](mailto:presse@ak-vorarlberg.at) ▶ Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe [www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm](http://www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm) ▶ Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ▶ Infografik: Bettina Krepper, Gerhard Riezler ▶ Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach  
Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Aktion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

SERIE EU-Mitgliedstaaten im Porträt

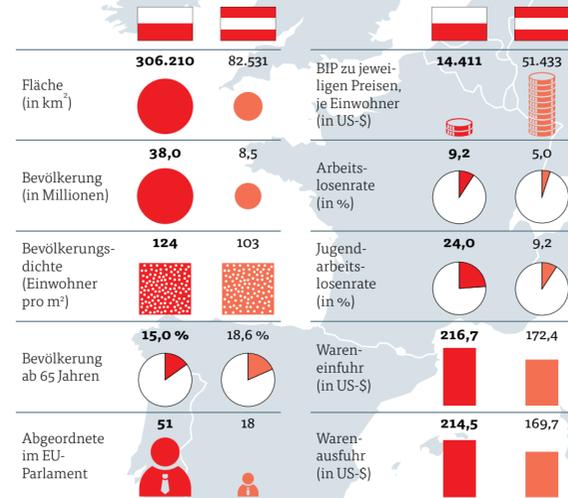
# EU prüft Polens Rechtsstaat

Nach sehr umstrittenen Reformen durch die nationalkonservative Regierung in Polen will die EU-Kommission mögliche Gefahren für den Rechtsstaat in einem Verfahren überprüfen. Sanktionen drohen vorerst nicht.

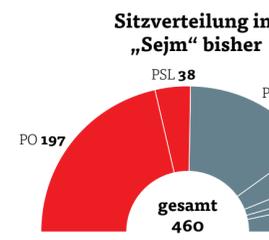


Präsident Andrzej Duda (PiS) seit 2015  
Regierungschefin Ewa Kopacz (PO) seit 2014

### Daten und Fakten (Polen und Österreich im Vergleich)



Hauptstadt: Warschau  
Währung: Zloty  
Beitritt zur EU: 2004



- PO Bürgerplattform (liberal-konservativ)
- PSL Bauernpartei
- PiS Recht und Gerechtigkeit (rechts-konservativ)
- Kukiz'15 (populistisch)
- SLD Bündnis Demokr. Linke
- ZP Vereinigte Rechte
- TR Deine Bewegung (linksliberal)
- Nowoczesna Die Moderne (Liberal)

# Europas Grundwerte stehen auch in Polen auf dem Spiel

Nach Ungarn ist nun auch in Polen die Rechtsstaatlichkeit eines Mitgliedstaats der EU bedroht. Die Union muss reagieren, wenn ihre Mitgliedstaaten Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte massiv verletzen.

**ERNSTFALL.** In Artikel 2 des EU-Vertrags steht es schwarz auf weiß: Die Europäische Union gründet auf Werten, zu denen die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte gehören. Eine Mitgliedschaft in der Union setzt voraus, dass der jeweilige Staat diese Werte achtet. Was aber geschieht, wenn EU-Staaten ausscheren? Als wie stark erweist sich die Union, wenn die eigene Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht? In zwei Ländern zeigt sich derzeit deutlich, dass die europäischen Grundwerte gefährdet sind. Erstmals reagiert die Union nun.

### „Volkes Wille“ als Legitimation

Die bekannteste Herausforderung ist Ungarn. Seit 2010 missbraucht die Regierung unter Viktor Orbán ihre verfassungsändernde Mehrheit dazu, um die außerparlamentarische Kontrolle durch Justiz und Medien auszuschalten.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich seit dem Wahlsieg der PiS unter Jaroslaw Kaczyński im Herbst 2015 nun auch in Polen. Das dortige Parlament hat kürzlich ein Gesetz beschlossen, das es der Regierung erlaubt, das Leitungspersonal in den öffentlichen Rundfunksendern auszutauschen. Einem anderen Gesetz zufolge soll für alle Entscheidungen des Verfassungsgerichts künftig eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein statt wie bisher eine einfache Mehrheit. Zudem müssen künftig mindestens 13 der 15 Verfassungsrichter anwesend sein, um ein Urteil fällen zu können. Solche Spielregeln legen das Gericht praktisch lahm. Die Kontrollinstanz schlechthin wird dadurch ausgeschaltet. Zuvor hatte die Regierung bereits versucht, sich das Verfassungsgericht durch den Austausch von Richtern gefügig zu machen. All das geschieht angeblich auf Basis des Volkswillens.

Die EU-Kommission beginnt nun eine umfassende Prüfung der

umstrittenen Reformen in Polen. Das gab es noch nie. Der Prozess gliedert sich in drei Phasen. **Phase I:** Die EU-Kommission analysiert alle Daten und entscheidet, ob klare Anzeichen für eine „systembedingte Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit“ bestehen. Dann erläutert sie dem betreffenden Mitgliedstaat schriftlich ihre Bedenken. Der Mitgliedstaat hat die Möglichkeit, darauf zu antworten. **Phase II:** Gibt es keine Einigung, so richtet die Kommission eine sogenannte „Rechtsstaatlichkeitsempfehlung“ an die kritisierte Regierung. Darin empfiehlt sie dem Mitgliedstaat, die genannten Probleme innerhalb einer bestimmten Frist zu lösen. **Phase III:** Nun überprüft die Kommission, ob und wie mögliche Maßnahmen umgesetzt wurden. Falls dieser Mechanismus scheitert, wird es richtig ernst für den EU-Mitgliedstaat. Denn bei „schwerwiegender und anhaltender Verletzung“ der im EU-Vertrag ver-

### Polnische Beschäftigte in Vorarlberg

Mit Ende Juli 2015 waren in Vorarlberg 742 polnische Staatsangehörige beschäftigt. In ganz Österreich waren es 35.143 Polen, die vor allem im Gastgewerbe, am Bau und in der Metallverarbeitung unterkamen.

Branchen	Frauen	Männer	insgesamt
Gastgewerbe/Hotellerie	77	50	127
Metallverarbeitung	14	98	112
Bau	3	100	103
Vermittlung von Arbeitskräften	3	99	102
Kfz-Branche	29	19	48
Gesundheits- und Sozialwesen	38	2	40
Land- und Forstwirtschaft	3	28	31
Verkehr und Lagerei	1	24	25
Nahrungsmittel	10	14	24
Öffentliche Verwaltung	17	4	21
<b>Alle Branchen gesamt</b>	<b>243</b>	<b>499</b>	<b>742</b>

ankerten Werte kann in letzter Konsequenz das Stimmrecht des Landes bei Ministerräten und EU-Gipfeln entzogen werden. Dafür braucht es freilich den einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates, und Ungarns Ministerpräsident Orbán hat bereits angekündigt, eine solche Entscheidung nicht mitzutragen. Weil diese Sanktion so hart ist, kam sie bisher nicht zum Einsatz. Diplomaten sprechen von einer

„Atombombe“, mit der man allenfalls droht, sie aber nicht zündet. Die nun beschlossene Rechtsstaats-Prüfung ist eine Premiere in der Union. Die ehemalige EU-Kommissarin Viviane Reding hat das Instrument 2014 ins Leben gerufen. Für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sich EU-Mitgliedstaaten an rechtsstaatliche Grundsätze halten. „Bei den Neuankommelingen“ sei das aber nicht immer der Fall.

Graphik & Foto: KEYSTONE, Quelle: APA, Deutsches Statistisches Bundesamt

# Das schönste „Päckle“ kommt nach Weihnachten

Mehr Netto vom Brutto: Rund 6,5 Millionen Arbeitnehmer und Pensionisten haben seit Jänner 2016 mehr Geld zur Verfügung! Die Menschen in Österreich werden mit einer Summe von rund vier Milliarden Euro entlastet.

**JETZT SPÜRBAR.** Mit Ende des Monats wird die Steuerreform für die meisten Menschen erstmals sichtbar. Der Arbeiter z. B., der monatlich 2200 Euro brutto verdient und ein Kind versorgen muss, hat heuer insgesamt 928 Euro mehr zur Verfügung als im Jahr 2015.

Rund vier Milliarden Euro wird die Tarifreform, die im vergangenen Sommer von ÖVP und SPÖ beschlossen wurde, im ersten Jahr bewegen (im zweiten sogar fünf Milliarden). AK und ÖGB haben diese Reform



Die Steuerrechtsexperten der AK Vorarlberg kommen auf Wunsch in die Betriebe: Judith Bachmann, Wolfgang Bahl, Isabella Gerstgrasser und Eva-Maria Düringer (vlnr).

lichen Bruttoeinkommen von 2000 Euro laut Mehr-Netto-Rechner der AK 872 Euro. Bei einem Einkommen von 3000 Euro liegt die jährliche

bisher drei Steuerstufen gibt es jetzt sechs Steuerstufen.

### Mehr für kleine Einkommen

Wer wenig verdient (unter 1260 Euro brutto im Monat), wird entlastet – selbst wenn er keine Lohnsteuer bezahlt. Geringverdiener erhalten eine jährliche Steuergutschrift, die sogenannte Negativsteuer, von bis zu 400 Euro jährlich (bisher maximal 110 Euro). Pensionisten erhalten erstmals eine Negativsteuer von bis zu 110 Euro pro Jahr – als kleiner Ausgleich für die Teuerungen bei Mieten, Lebensmitteln & Co.

### Höherer Spitzensteuersatz

Die Grenze für den 50-Prozent-Steuersatz wird von 60.000 auf 90.000

Euro pro Jahr hinaufgesetzt. Der Spitzensteuersatz für Einkommen ab einer Million Euro pro Jahr wird auf 55 Prozent angehoben.

### Kinderfreibetrag verdoppelt

Der Kinderfreibetrag wird von 220 auf 440 Euro jährlich erhöht.

### Mehr Pendlergeld

Die Negativsteuer erhöht sich bei Anspruch auf Pendlerpauschale auf 500 Euro im Jahr. Wer noch Fragen hat, findet bei den AK-Steuerexperten immer ein offenes Ohr.

► Der QR-Code führt Sie schnurstracks zur AK-Website über die Steuerreform



Weil über 880.000 Österreicher ihre Stimme erhoben, haben fast alle Arbeitnehmer nun mehr Netto vom Brutto.

Hubert Hämmerle  
AK-Präsident



erfochten. Weil – ausgehend von der AK Vorarlberg – über 880.000 Österreicher ihre Stimme erhoben, werden ab heuer fast alle Arbeitnehmer deutlich mehr Netto vom Brutto haben, betont AK-Präsident Hubert Hämmerle. Konkret erspart sich ein Angestellter mit einem monat-

Entlastung bei 1304 Euro, sie steigt auf über 2000 Euro bei einem Einkommen von 8000 Euro. Die Neuerungen auf einen Blick:

### Weniger Lohnsteuer

Der Eingangsteuersatz sinkt deutlich – von 36,5 auf 25 Prozent. Statt

Lebensmittel, Mieten und Medikamente bleibt.

● **Stärkere Kaufkraft bringt 850 Millionen Euro**  
Ein guter Teil der Lohnsteuersenkung wird in den privaten Konsum fließen. Durch die Belebung des Konsums wächst die ins Stottern geratene Wirtschaft und es werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Das bringt wieder mehr Steuereinnahmen.

● **Vermögende tragen bei – das bringt 350 Millionen Euro**  
Kapitalertragsteuer steigt von 25 auf 27,5 Prozent für Dividenden. Das gilt nicht für Sparbücher oder Girokonten. Immobilienspekulationssteuer wird von 20 auf 30 Prozent erhöht.

Anpassungen bei der Grunderwerbsteuer – für die Berechnung der Grunderwerbsteuer bei Erbschaften und Schenkungen werden neue Immobilienwerte herangezogen. Außerdem werden gestaffelte Steuersätze eingeführt. Die Staffelung des Steuersatzes erfolgt nach dem Wert der Immobilie. Bei einem Wert von unter 250.000 Euro kommt es zu einer Senkung von bisher zwei Prozent auf 0,5 Prozent. Umgekehrt kommt es vor allem bei teuren Immobilienübertragungen zu einem höheren Beitrag – bei günstigeren Häusern oder Grundstücken kann es sogar zu einer Ersparnis kommen. Spitzensteuersatz wird auf 55 Prozent für Einkommen ab einer Million Euro angehoben. Damit tragen Menschen mit einem sehr hohen Einkommen zur Entlastung der geringen Einkommen bei.

## MEHR NETTO



### GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Gemeinsam erreicht: Jetzt tritt die Lohnsteuersenkung in Kraft. Wie viel Ihnen mehr bleibt, sehen Sie auf [mehrnetto.arbeiterkammer.at](http://mehrnetto.arbeiterkammer.at)



### Wie die Reform finanziert wird

Was der AK besonders wichtig war: Die Arbeitnehmer und Pensionisten müssen sich ihre Entlastung nicht selbst zahlen! So wird das Geld hereingebracht:

### ● Bekämpfung des Steuerbetrugs bringt 1,9 Milliarden Euro

Dazu zählen die Einführung der Registrierkassenpflicht ab einem Gesamtumsatz von 15.000 Euro und einem Barumsatz von 7500 Euro netto im Jahr, der Kampf gegen Sozialbetrug und die Aufhebung des Bankgeheimnisses für Unternehmen.

### ● Verwaltungsreform bringt 1,1 Milliarden Euro

Sinnvolles Sparen beim Staat, in der Verwaltung und bei den Förderungen. Der Bund wird rund zwei Drittel, Länder und Gemeinden werden rund ein Drittel beisteuern.



### Entlastung durch neuen Steuertarif

Brutto monatlich €	Ersparnis/Jahr	in % bisherige LSt.
1000	290,00	
1500	484,57	42,8
1800	803,06	37,0
2000	882,07	30,3
2200	911,56	25,0
2400	941,06	21,5
2600	995,41	19,3
2800	1156,93	19,2
3000	1318,44	19,1
3400	1485,00	17,2
3800	1532,76	14,8
4000	1556,63	13,9
5000	1527,37	9,6
6000	1699,65	8,0
7000	1939,65	7,1
8000	2179,65	6,5
9000	2269,49	5,7
10.000	2269,49	5,0
12.000	2269,49	3,9

## Registrierkassen gut aufgenommen

**UMSCHWUNG.** Die vor der Einführung heftig kritisierte Registrierkassenpflicht wird offenbar inzwischen von den meisten Vorarlberger Händlern positiv beurteilt. Seit Jänner müssen Unternehmen ab 15.000 Euro Jahresumsatz für jeden Einkauf einen Beleg ausstellen. Der Kunde muss den Beleg mitnehmen und wenigstens bis vor dem

Geschäfteingang aufbewahren, dort könnte er von der Finanz verlangt werden.

Anfangs hagelte es Kritik. Inzwischen bekennt Theresia Fröwis, Obfrau der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer Vorarlberg, dass mit Registrierkasse viel unübersichtliche Zettelwirtschaft wegfallen und das spare Arbeitszeit.



Die allermeisten Menschen wollen nach langen Krankenständen wieder zurück an ihren Arbeitsplatz. Aber sie brauchen einen sanften Wiedereinstieg à la BEM, sonst klappt das nicht.

# Nach Krankheit wieder arbeiten

Teilkrankenstand oder BEM? Der Unterschied liegt in der Freiwilligkeit. Die AK kämpft weiter für vernünftige Eingliederung nach langen Krankenständen.

**BEM.** Im Grunde wäre alles sehr einfach: Krankheiten und Unfälle verhindern, statt deren Folgen zu behandeln, ist sinnvoll, verhindert menschliches Leid und spart Kosten. Deshalb engagiert sich die AK in Arbeitnehmerschutz und betrieblicher Gesundheitsförderung. In einem dritten Handlungsfeld aber stößt sie auf wenig Gegenliebe. Ob es am sperrigen Namen liegt? Die Abkürzung BEM steht für „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ (siehe Kasten). BEM verfolgt das Ziel, Personen nach Langzeitkrankenständen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern und dabei deren Bedürfnisse das Arbeitsumfeld betreffend zu berücksichtigen.

Neu ist das nicht. In Deutschland steht BEM seit 2001 im Sozialgesetz-

buch. Beschäftigten, die innerhalb der vorangegangenen 52 Wochen sechs Wochen oder länger krank

### Wofür steht BEM?

Die Abkürzung BEM steht für „Betriebliches Eingliederungsmanagement“. Dieses System würde den sanften Einstieg in die Arbeitswelt nach einem Langzeitkrankenstand ermöglichen. Wie? Im Rahmen des Krankenstandes müssen Arbeitsversuche möglich sein. Die **Leistungsfähigkeit** des genesenden Menschen muss der Maßstab sein. Der Wiedereinstieg muss auf Freiwilligkeit beruhen. Zwang richtet nur Schaden an.

► Infos finden Sie unter <http://bit.ly/2331gV5>

waren, muss ihr Betrieb ein BEM anbieten. Die Teilnahme ist für die Erkrankten stets freiwillig. Arbeitgeber aber müssen BEM anbieten.

In Österreich ist man von einer solchen Regelung noch weit entfernt. Obwohl sich die AK Vorarlberg seit 2011 für BEM starkmacht, können noch immer kranke Beschäftigte jederzeit gekündigt werden, selbst wenn die Arbeitsbedingungen maßgeblich zu ihrer Erkrankung beigetragen haben.

Der von der Wirtschaft favorisierte Teilkrankenstand lässt die Freiwilligkeit bewusst außer Acht. Im Gegenteil: Kranke Arbeitnehmer sollen vom Unternehmer durchaus für einfachere Tätigkeiten beziehungsweise Teilzeitarbeit verpflichtet werden dürfen.

## AK regt Pensionsdiskussion an

**GERECHTER.** Mit der Vorstellung ihres eigenen Pensionsmodells hat die AK Vorarlberg die Debatte über nötige Pensionsreformen entschieden angeheizt. Auch der Sozialwissenschaftler Bernd Marin hält das Modell für diskussionswürdig.

### Länger arbeiten wird belohnt

Der Vorschlag der Arbeiterkammer, der von der 175. Vollversammlung einstimmig verabschiedet wurde, sieht vor, einen Korridor zwischen 60 und 70 Jahren einzurichten. „Innerhalb dieses Rahmens soll jeder Versicherte selbst entscheiden können, wann er in den Ruhestand tritt“, betont AK-Direktor Rainer Kেকে. Voraussetzung ist allerdings, dass gleichzeitig ein verstärkter Kündigungsschutz für ältere Ar-

beitnehmer aufgebaut wird. „Sonst hat das AK-Pensionsmodell keine Chance.“ Denn nur dann haben die Arbeitnehmer echte Entscheidungsfreiheit bezüglich ihres Pensionsantritts. Flankierend muss über Abschlüsse bei einem Pensionsantritt vor dem Regelrentenalter (65) gewährleistet sein, dass Frühpensionierungen nicht auf Kosten der Steuerzahler gehen. Konkret sieht der AK-Vorschlag vor, dass der jährliche Steigerungsbetrag für die ersten 40 Versicherungsjahre 1,75 Prozent beträgt. Das führt zu einer Pension von 70 Prozent der Bemessungsgrundlage. Wer länger arbeitet, soll mit einem jährlich höheren Steigerungsbetrag (plus 0,25 Prozentpunkte pro Jahr) belohnt werden, was nach 45 Jahren zu einer

Pension von 82,5 Prozent der Bemessungsgrundlage führt.

Das Modell der AK Vorarlberg käme berufstätigen Frauen entgegen, die durch die Pensionsreformen 2003/04 strukturell benachteiligt wurden, indem es die Teilzeitphase nach der Geburt eines Kindes besser bewertet. Schwerarbeitspensionen sollten in das einheitliche Pensionssystem integriert werden, was betroffenen Personen den Pensionsantritt erleichtern würde. So wie Beamte derzeit sollen künftig auch ASVG-Versicherte im Ruhestand unbeschränkt dazuzuerdienen können.

► Der QR-Code führt zum Folder über das Modell der AK Vorarlberg für faire Pensionen.





**Weiberkrum**  
von Univ.-Prof.  
Irene Dyk-Ploss

**Gute Vorsätze**

... zum Jahresbeginn sind Ende Jänner in der Regel dem inneren Schweinehund zum Opfer gefallen. Rauchstopp, Abnehmen, mehr Sport – da sind die Erfolgs- bzw. Misserfolgsraten von Männern und Frauen wohl recht ähnlich. Dann aber beginnen die Unterschiede. Berufliche Verbesserung durch mehr Engagement und Weiterbildung: Dieses Ziel stecken sich Frauen kaum, weil sie ihr zeitliches Korsett einschätzen können. Neben Kinderbetreuung und Haushalt sind Überstunden und zeitintensive Kurse fromme Wünsche. Dafür lösen Frauen Tag für Tag etwas ein, das bei vielen Männern auf der Neujahrs-To-do-Liste steht: bessere Work-Life-Balance, oder anders gesagt: mehr Zeit für die Familie.

Mit einer Teilzeitquote von über 45 Prozent gelingt Frauen der Spagat zwischen Beruf und Familie – allerdings zu Ungunsten ihrer beruflichen Entwicklung. Die knapp elf Prozent Männer, die Teilzeit arbeiten, tun dies überwiegend, weil sie sich für den Job weiterbilden. Und ob mit dem daraus resultierenden Karriereprung mehr Familienzeit erreicht wird? Das weiß man im Jänner noch nicht.

► **E-Mail:** irene.dyk@jku.at

**Zuverdienst: Viel Ärger für wenig Geld**

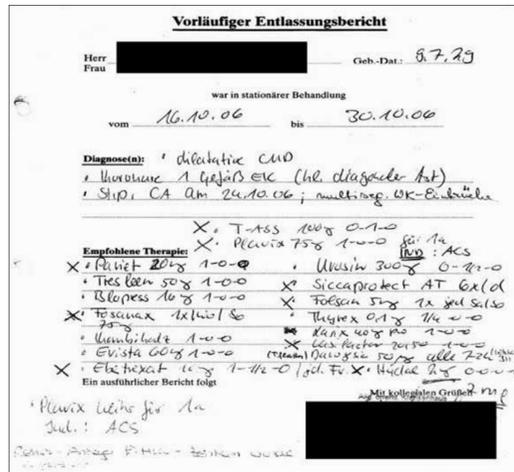
Bisher lautete die Faustregel: Wer ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld bekommt, kann bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuerdienen. 2015 waren dies rund 405 Euro pro Monat. Im neuen Jahr heißt es nun aber anpassen. Während die Zuverdienstgrenze gleich bleibt, klettert die Geringfügigkeitsgrenze auf monatlich 415,72 Euro. Wer also bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuerdient, übersteigt in Zukunft den erlaubten Zuverdienst beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld um rund 85 Euro im Jahr.



**Grenzen beachten**

Achten Sie darauf, nicht mehr als 400 Euro pro Monat zu verdienen, während Sie das einkommensabhängige **Kinderbetreuungsgeld** bekommen. Sie ersparen sich damit den Ärger einer Rückzahlung!

► **Der QR-Code** führt Sie schnurstracks zum Familienbeihilferechner auf der AK-Webseite: <http://familienbeihilfe.arbeiterkammer.at>



**Augenscheinlicher kann der Qualitätssprung kaum sein: Ein Entlassungsbericht wie bisher – handschriftlich und kaum lesbar.**

# Digitale Gesundheitsakte hebt Patientensicherheit

ELGA spätestens ab 2018 auch in Vorarlberg – Patienten und Ärzte künftig auf Befunde zeit- und ortsunabhängig zugreifen – Start verlief in Wien und der Steiermark zu Jahresbeginn problemlos

**ERLEICHTERUNG.** Spitäler in Wien und in der Steiermark machen den Anfang, Vorarlberg wird laut VGKK-Obmann Manfred Brunner spätestens 2018 folgen: Dann wird die digitale Gesundheitsakte „ELGA“ in ganz Österreich Verwendung finden und vieles vereinfachen. Sie erleichtert Diagnosen und Therapien und verhindert teure Mehrfachuntersuchungen. Brunner verfolgt die Einführung des Systems täglich seit Anfang Dezember 2015. Im ersten Monat gab's „keine Probleme“.

• **Welche Vorteile bringt das?**  
Mit ELGA soll vermieden werden, dass PatientInnen zu Untersuchungen geschickt werden, die bereits durchgeführt wurden. Röntgenbefunde müssen nicht mehr zu jedem Arztbesuch mitgenommen werden. ApothekerInnen können darauf

• **Sind die Daten sicher?**  
„Mindestens so sicher wie beim Web-Banking“, betont Brunner. ELGA verwende die höchsten Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards. Die Daten werden auf Hochsicherheits-Servern gespeichert. Zugreifen kann man nur über seine e-card, und jeder einzelne Zu-

onen e-card-Besitzern haben sich bislang 230.000 Patienten ganz abgemeldet oder Funktionen sperren lassen. Auch das geht: Patienten können jederzeit einzelne Befunde sperren oder bestimmten ÄrztInnen oder Spitalern den Zugriff pauschal verweigern.

• **Wer hat ab wann Zugriff auf ELGA?**

Seit 9. Dezember 2015 läuft das System in öffentlichen Spitalern in der Steiermark und in Wien. Dann folgen die Krankenhäuser in Niederösterreich und Kärnten sowie jene der Sozialversicherung (vor allem die Unfallkrankenhäuser der AUA). Zug um Zug werden alle öffentlichen Spitäler mit ELGA arbeiten. Verpflichtend wird ELGA für die niedergelassenen ÄrztInnen ab Mitte 2017. Vorarlberg wird voraussichtlich bis 2018 umgestellt.

• **Und was kostet ELGA?**

Die Patienten müssen nichts zusätzlich bezahlen. Eigentümer von ELGA sind Bund, Länder und Sozialversicherung. Zwischen 2008 und 2016 fließen 60 Millionen Euro in die Errichtung der zentralen Infrastruktur von ELGA.



**Wenn Arzt A weiß, was Arzt B diagnostiziert hat, bedeutet das allein einen beträchtlichen Nutzen.**

**Manfred Brunner**  
Obmann der VGKK

schauen, dass keine Medikamente eingenommen werden, die sich nicht miteinander vertragen.

• **Und wer hat Zugriff auf diese sensiblen Daten?**

Auf der einen Seite können die PatientInnen auf ihre eigenen Befunde zugreifen; auf der anderen Seite Ärzte, Spitäler, Pflegeeinrichtungen und Apotheken, „aber nur für vier Wochen und mit Zustimmung des Patienten“, betont Brunner. „Nicht zugreifen dürfen Arbeitgeber, Behörden, Betriebsärzte, Amtsärzte und Ärzte von Versicherungen.“

• **Was wird alles in der Datenbank gespeichert?**

Nach Befunden und Entlassungsbriefen wird als Nächstes die e-Medikation implementiert. Damit werden die von niedergelassenen Ärzten verschriebenen und abgegebenen Arzneimittel gespeichert. Geplant sind u. a. auch Anwendungen für chronisch Kranke, wie Programme für Diabetespatienten oder Herzranke.

**ELGA kann vor allem teure Mehrfachuntersuchungen vermeiden helfen.**



**Künftig erhält der behandelnde Arzt (aber auch der Patient) alle Angaben geordnet und nachvollziehbar.**

Foto: Fotolia/UGKK

# Arbeitslosigkeit „wird steigen“

2015 endete mit einem bundesweiten Arbeitslosenrekord und 2016 heißt keine Besserung.

**TRISTE AUSSICHTEN.** Auch im Dezember legte die Arbeitslosigkeit in Österreich weiter zu. Die vorläufige Arbeitslosenquote (Schulungsteilnehmer werden in dieser Quote nicht gezählt) betrug am Monatsende in Österreich 10,6 und in Vorarlberg 6,3 Prozent. Eine Trendwende ist für 2016 nicht in Sicht.

AMS-Landesgeschäftsführer Anton Strini geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit im neuen Jahr weiter steigen wird. Die Prognosen des AMS sehen für

Vorarlberg ein Wirtschaftswachstum von knapp zwei Prozent voraus. Das reicht nicht, um die Arbeitslosigkeit im Land zu senken. Deshalb geht das AMS von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um rund drei Prozent bzw. 400 Personen aus. Die über 55-Jährigen zahlen im Übrigen am meisten drauf. In dieser Gruppe wird ein Anstieg von 10,3 Prozent vorhergesagt. Die Aktion bat die im Arbeitnehmerparlament vertretenen Fraktionen um ihre Meinung.



**Vor allem für die über 55-Jährigen wird es am heimischen Arbeitsmarkt immer enger.**

**Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FGG**



**Fraktionsobmann Bernhard Heinze**

**BILDUNG ALS SCHLÜSSEL.** Die Situation am Arbeitsmarkt ist seit der Wirtschafts- und Finanzkrise angespannt. Die Arbeitslosenzahlen sind die höchsten der Zweiten Republik und die aktuellen Prognosen verheißen auch 2016 keine Entspannung. Zwar liegt die Arbeitslosenquote in Vorarlberg noch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch bei

**Arbeitslose: Fast die Hälfte hat nur einen Pflichtschulabschluss**

uns gewaltige Probleme gibt. Vor allem Ältere und bildungsferne Gruppen sind massiv von Arbeitslosigkeit betroffen. Alters- und altersgerechte Arbeitsplätze sind aber nach wie vor Mangelware. Einer der wichtigsten Schlüssel zum Arbeitsmarkt ist zweifellos die Bildung,

da ein enges Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Arbeitslosigkeitsrisiko besteht. Fast die Hälfte der Arbeit suchenden Menschen haben keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss. Allein mit einer abgeschlossenen Lehre verringert sich das Risiko von

Arbeitslosigkeit jedoch um ganze zwei Drittel!

Um für fast 400.000 arbeitslose Menschen Beschäftigung zu generieren, wird es ein Bündel von wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen brauchen. Die Verschärfung von Zumutbarkeitsbestimmungen oder die Kürzung von Leistungsansprüchen schafft dagegen keine Arbeitsplätze. ► **E-Mail:** bernhard.heinze@gpa-djp.at

**Liste Manuela Auer – FSG**



**Fraktionsobfrau Manuela Auer**

**ENORME PROBLEME.** Auf den ersten Blick scheint bei uns die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht so dramatisch wie in anderen Bundesländern zu sein. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent liegen wir deutlich unter der von Österreich mit 10,6 Prozent.

Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch wir enorme Probleme haben: Fast ein Drittel der 13.000 Arbeitslosen sind 50 Jahre und älter, jede/r Zweite

**Arbeitsmarkt: Wir brauchen dringend mehr Jobs für Ältere**

der Arbeitssuchenden weist nur eine geringe Qualifikation auf!

In diesem Jahr werden die Steuerreformen, Erleichterungen für Unternehmen und die Wohnbauoffensive sich spürbar auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Ob damit aber eine Trendwende

erreicht werden kann, wird von ExpertInnen bezweifelt. Was wir daher zusätzlich noch dringend brauchen, sind Investitionen in Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, um die berufliche Situation vor allem für Geringqualifizierte nachhaltig zu verbessern. Großes Augenmerk

muss speziell auch den über 50-jährigen Arbeitslosen geschenkt werden. Hier sind vor allem Politik und Wirtschaft gemeinsam in der Pflicht und gefordert, mehr und vor allem auch alter(n)sgerechte Arbeitsplätze zu schaffen. Dies hat für uns ganz klar Vorrang vor allen anderen Überlegungen etwa in Richtung Erhöhung des Pensionsalters... ► **E-Mail:** manuelaauer@manuelaauer.at

**Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA**



**Fraktionsobmann Wolfgang Kofler**

**SCHIEFLAGE.** Der heimische Arbeitsmarkt ist in eine Schiefelage geraten. Geringes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig starkem Zustrom von ausländischen Arbeitskräften führt zur höchsten Arbeitslosigkeit in der Zweiten Republik.

Aus diesem Grund darf es keine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber geben. Österreich verzeichnet zu Beginn des Jahres 2016 rund 475.000 Arbeitslo-

**Kein Arbeitsmarktzugang für Asylwerber**

se, Tendenz steigend. Mehr als 70.000 Asylanträge wurden im abgelaufenen Jahr in Österreich gestellt.

Der durchschnittliche Flüchtling ist männlich, unter 30 und hat höchstens einen Pflichtschulabschluss. Die Annahme, dass unsere Wirtschaft die

Flüchtlinge dringend braucht und der europäische Arbeitsmarkt die tausenden Neuankommlinge verkraftet, ist nichts anderes als eine indiskutable Fehlkalkulation. Eine Ausweitung des Arbeitsmarktzugangs für Asylwerber ist ein staatlich legitimerer Asylmiss-

brauch und obendrein bei der derzeitigen Rekordarbeitslosigkeit grob fahrlässig!

Um die Arbeitsmarktsituation zu verbessern, muss die Unterstützung wie z. B. Karriere mit Lehre oder, wie schon angedacht, verpflichtende Ausbildung unserer Jugendlichen vorrangig für unsere österreichischen Arbeitskräfte gelten. ► **E-Mail:** wolfgang.kofler@cable.vol.at

**Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige**



**Fraktionsobmann Sadettin Demir**

**BESSER VERTEILEN.** Um die wachsende Arbeitslosigkeit einzudämmen, sind zwei Maßnahmenpakete notwendig: die Schaffung sinnvoller Arbeit durch einen Green New Deal und die faire Verteilung der Arbeit.

Es muss damit aufgehört werden, die Staatshaushalte europaweit auszuhebeln. Stattdessen sind zukunftsweisende Investitionen zu forcieren, die sinnvolle und aus gesellschaftlichen

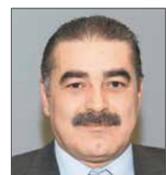
**Green New Deal und radikale Arbeitszeitverkürzung**

und ökologischen Gründen dringend notwendige Arbeit schaffen. Es geht um die Bekämpfung des Klimawandels durch eine Energiewende und andere Investitionen in eine intakte Umwelt, aber auch um Weiterentwicklungen und den Ausbau in den Bereichen Bil-

dung, Betreuung, Integration, Pflege und Soziales. Die Arbeit wird nicht weniger, weil weniger produziert wird oder weil unsere Gesellschaft immer ärmer wird. Im Gegenteil: Es wurde noch nie zuvor so viel produziert, und es werden damit nach wie vor große Reichtümer

geschaffen. Es wird nur die Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen immer ungleicher. Notwendig ist daher neben einem gerechteren Steuersystem, das v. a. auch die wachsenden Vermögen zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzieht, die faire Verteilung der vorhandenen Arbeit, also eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit. ► **E-Mail:** Sadettin.Demir@gemeinsam-ug.at

**Liste NBZ – Neue Bewegung für die Zukunft**



**Fraktionsobmann Adnan Dincer**

**HÖHERE LOHNABSCHLÜSSE.** Wir verzeichnen die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Kriegsende, von vielen Seiten hören wir, dass es Anzeichen für eine eventuelle Stabilisierung oder sogar für eine Entspannung gibt, jedoch können die Arbeitslosenzahlen nicht verschönert werden, indem wir viele – die dann aus der Statistik herausfallen – in unnötige Schulungsmaßnahmen schicken. Einige Maßnahmen bringen

**Wieso haben wir so eine hohe Arbeitslosigkeit?**

sicherlich etwas, jedoch sollte auch berücksichtigt werden, dass viele, die sich in diesen Maßnahmen befinden, der Überzeugung sind, dass es nichts bringen wird. Hier müssen alle dringend – in unnötige Schulungsmaßnahmen schicken. Einige Maßnahmen bringen

dringend höhere Lohnabschlüsse, die die Kaufkraft der Bevölkerung stärken, die daraus resultierende Belegung der Konjunktur würde wieder mehr Arbeitskräfte verlangen. Auf der anderen Seite haben wir sehr viele Überstunden, diese müssen so geregelt und gesteuert

werden, dass durch die Reduzierung Arbeitsplätze entstehen. Genauso müssen einige Maßnahmen gesetzt werden, die den Standort Österreich wieder attraktiver machen und somit die Zahl der Arbeitslosen reduziert.

Eine bessere und effiziente Kontrolle der Arbeitslosigkeit würde auch sehr viele dazu bringen, sich noch aktiver an einer Arbeitsuche zu beteiligen. ► **E-Mail:** info@nbz-online.at

# Bei „Ex“ sah Bank durch die Finger

Vorarlberger Geldinstitut wollte den Streit mit ehemaligem Mitarbeiter um Konkurrenzklausele auf die Spitze treiben – Erstgerichtsurteil aufgehoben.

**ARBEITSRECHT.** Im Namen der Republik! Das Oberlandesgericht Innsbruck hat nach Intervention durch die AK Vorarlberg ein Urteil des Arbeits- und Sozialgerichts Feldkirch aufgehoben. In erster Instanz war ein Unterländer Bankangestellter verpflichtet worden, seinem ehemaligen Arbeitgeber, einer Vorarlberger Genossenschaftsbank, rund 5000 Euro zu zahlen, weil er zu einem anderen Geldinstitut gewechselt war. Es ging um die berühmte-berühmten Konkurrenzklausele.

Dabei hatte das Erstgericht die Forderung schon auf ein Drittel reduziert. Nach der Verhandlung hätte sich der ehemalige Dienstgeber sogar auf einen Vergleich eingelassen. Die Bedingung aber war, dass der Ex-Mitarbeiter die Details mit ins Grab nehmen müsse – andernfalls wären 10.000 Euro fällig. Diese Verschwiegenheitsklausele ging der Gegenseite dann doch zu weit. Die Bank hatte den Bogen überspannt.

### AK vertrat den Angestellten

Der Fall ging in die Berufung. Der von der Genossenschaftsbank belagte Familienvater war von Be-

ginn an von Dr. Gertrud Broger, Leiterin der AK-Geschäftsstelle Dornbirn, vertreten worden. Und von Beginn an hatte die Arbeitsrechtsexpertin dafür plädiert, dass die angedrohte Konventionalstrafe in diesem Fall nicht schlagend werden kann. Dafür machte sie eine Reihe von Gründen geltend, denen das Oberlandesgericht schließlich folgte.

Unter anderem sah der Arbeitsvertrag vor, dass der Bankangestellte, sollte er die Genossenschaftsbank verlassen, ein Jahr lang nicht bei einem anderen Geldinstitut im Bezirk Bregenz, Dornbirn oder Feldkirch eine Stelle antreten dürfe. Im Bezirk Bludenz schon, auch im Ausland. Die im Laufe von 23 Jahren erworbenen Spezialkenntnisse würden ihm im Ausland allerdings nichts nutzen. Außerdem: Dieses Spezialgebiet, in dem der Familienvater arbeitet, spielt sich im „Back office“-Bereich ab – und wenn er auch bei seinem nunmehrigen Dienstgeber die gleiche Tätigkeit ausübt, sei sie nicht konkurrierend zu seiner Ex-Bank, deshalb könne diese auch keinen geschäftlichen Schaden durch den Arbeitswechsel erleiden.

Oder mit anderen Worten: Es gehörte weder vorher noch jetzt zu den Aufgaben des Mitarbeiters, Kunden zu akquirieren.

Das Oberlandesgericht Innsbruck begründete die Abweisung der Berufung durch den ehemaligen Arbeitgeber sinngemäß damit, dass die Konkurrenzklausele dem Mitarbeiter „zweifelsfrei“ sein berufliches Fortkommen erschwert. Unter den gegebenen Umständen sei die Klausel nicht rechtswirksam zustande gekommen.

### Konsequenzen bedenken

Auch wenn dieser Fall für den Bankangestellten gut ausging und der Schutz der Arbeitnehmer vor überzogenen Konkurrenzklausele mit Jahresbeginn erhöht wurde (siehe Seite 15) – Dr. Gertrud Broger mahnt, Konkurrenzklausele nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: „Man wird sie nicht immer aus dem Arbeitsvertrag herausbekommen. Das wäre blauäugig. Aber man sollte sich der Tragweite seiner Unterschrift bewusst sein. Fragen Sie nach oder erkundigen Sie sich vorher, welche Konsequenzen es geben kann. Die AK-Arbeitsrechtsexperten sind für Sie da.“

## Was nächsten Monat zählt



**FAHREN** Am 1. muss spätestens die neue Autobahnvignette aufs Fahrzeug geklebt sein • **FASNAT** 2016 ist die Narrenzzeit besonders kurz: Am 10. ist bereits Aschermittwoch • **SCHULE** 15. bis 20. Semesterferien in Vorarlberg • **SCHALTJAHR** 2016 ist ein Schaltjahr, der Februar dauert damit einen Tag länger

## Gewinnen Sie 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der Aktion bitte bis 12. Februar 2015 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, Aktion, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung für 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. 3 x 2 Skikarten gewonnen haben in der Dezemberausgabe Gordian Kranzlmüller aus Dornbirn, Armin Zoderer aus Bürs und Berta Fessler aus Lochau. Wir gratulieren!

● **Frage 1: Wie viele polnische Staatsbürger waren 2015 (mit Ende Juli) in Vorarlberg beschäftigt?**

● **Frage 2: Welches Vielfache der Höchstbeitragsgrundlage beträgt seit Jahresbeginn die untere Grenze des Monatsgehaltes, damit überhaupt eine Konkurrenzklausele zulässig ist?**

● **Frage 3: Die Tablets welches Herstellers schnitten beim VKI-Test am besten ab?**



**QUERUNG** Drei Monate war Janice Jakait in einem Ruderboot auf dem Atlantik unterwegs

# „Das Meer entscheidet, ob ich überlebe“



**Ich möchte die Menschen mit Nächstenliebe und Selbstliebe anstecken.**  
**Janice Jakait**  
Atlantikbezwingerin

**MEERESRAUSCHEN.** Mit einem Ruderboot, auf sich allein gestellt und lediglich mit eigener Muskelkraft bezwang Janice Jakait in 90 Tagen rund 6500 Kilometer, von der Südspitze Portugals bis in die Karibik. Jakait war zum Auftakt der Vortrags-Reihe „Wissen fürs Leben“ in Feldkirch zu Gast. Die Aktion sprach danach im Interview mit ihr über die Angst vor Haien, die Einsamkeit auf dem Atlantik und das Ankommen bei sich selbst.



**Janice Jakait**  
1977 in Lengfeld geboren. Autorin und ehemalige IT-Beraterin. Nach dem Atlantik will sich Jakait an die Querung des Pazifiks und des Indischen Ozeans machen. **Infos** zur Atlaniküberquerung und zu „Row for silence“ (Rudern für die Stille) finden Sie auf der Homepage von Janice Jakait: [www.rowforsilence.com/de](http://www.rowforsilence.com/de)

Nach drei harten Monaten allein auf dem Atlantik erreichte Janice Jakait die Karibik-Insel Barbados.

ich bin mehr als meine Gedanken, und ich habe mich wieder gespürt und erlebt, bin in meiner Wirklichkeit angekommen.

eine Tube Senf beim Essen. Dazu kam oft der Wunsch, meine Eindrücke teilen zu können, jemanden dabei zu haben, der den Sonnenaufgang in diesem Moment mit mir sieht.

**Es gab neben den persönlichen Zielen auch ein gesellschaftliches, die Sensibilisierung für die Gefahr des Unterwasserlärms, der jedes Jahr tausende Opfer fordert. Warum?**

**Jakait:** Ich bin vor vielen Sachen weggelaufen, war praktisch auf der Flucht. Ich bin da raus wegen mir, aus Verzweiflung und weil ich auf der Suche nach mir selbst war. Der Einsatz für diese Umweltkampagne war ein sinnstiftendes Element für meine Reise, aber nicht der Hauptgrund. Ich war da draußen plötzlich nicht mehr der Mensch, der die Meere retten wollte. Ich habe gemerkt, die Ursache für die Schwierigkeiten, die wir haben, ist, dass wir uns nicht verändern wollen. Die Welt ist für mich ein Spiegel der Menschen, die darin leben. Das heißt im Umkehrschluss: Ich muss die Welt nicht retten, ich möchte die Menschen nur mit Nächstenliebe und Selbstliebe anstecken, dann kann sich die Welt ganz von selbst retten.

**90 Tage ohne Begleitboot oder Begleiter auf dem Atlantik, wie verloren kommt man sich da vor?**  
**Jakait:** Eigentlich gar nicht. Ich war ja nicht allein, ich wurde auf einem großen Teil meiner Reise von einem Vogel begleitet, zwei Wochen lang auch von einem Wal. Es gab am Anfang der Reise einen Punkt, an dem ich mich schon aufgegeben habe. Ich hatte Panikattacken, schwere Halluzinationen und wusste nicht mehr weiter. Mein Gedanke war damals: Ich übergebe mich jetzt dem Meer, und das wird darüber entscheiden, ob ich das überlebe oder nicht.

**In drei Monaten auf hoher See kommt man in die verschiedensten Situationen, gab es bedrohliche Momente?**

**Jakait:** Ich empfand den Ozean oft als manisch-depressiv. Im einen Moment ist man in einer totalen Euphorie, im nächsten total verzweifelt. Ich musste zum Säubern der Unterseite meines Bootes ins Wasser und wurde von einem großen Tier angerempelt. Natürlich dachte ich, es ist ein Hai, und ich hatte schon abgeschlossen mit meinem Leben, ein sehr intensiver Moment. Der Hai entpuppte sich als Wal. Auge in Auge mit dem Meeressäuger kippte plötzlich die Situation, und aus Todesangst wurde ein ungeheures Glücksgefühl.

**Was haben Sie am meisten vermisst beziehungsweise geschätzt?**  
**Jakait:** Vermisst habe ich manchmal ganz profane Dinge, wie etwa

### Allein auf dem Atlantik

Janice Jakait hat als erste deutsche Frau den Atlantik in drei Monaten mit einem Ruderboot überquert



## Erste Hilfe im Betrieb

In Betrieben passieren immer noch zu viele Arbeitsunfälle. Betroffen sind laut Statistik vor allem Männer. Sie verletzen sich in der Arbeit dreimal so oft wie Frauen. Wenn etwas passiert, muss schnell gehandelt werden. Im Betrieb gibt es die dafür ausgebildeten ErsthelferInnen. Das Rote Kreuz ([www.roteskreuz.at](http://www.roteskreuz.at)) bietet Kurse an. Die AK hat alle gesetzlichen Bestimmungen zusammengefasst: <http://bit.ly/1kHMXXR>

**1** Bewusstseinskontrolle durch Ansprechen, Berühren und Schmerzreiz

Keine Reaktion

**HILFE RUF!**  
**TEL. 144**

**3** Atemwege freimachen und Atemkontrolle

max. 10 Sek. lang durch Sehen, Hören, Fühlen

Keine normale Atmung

**4** 30-mal Herzdruckmassage

2-mal Beatmung

## Sobald der Defibrillator zur Verfügung steht → DEFIBRILLIEREN

**1** Defibrillator einschalten und den Anweisungen des Geräts folgen

**2** Elektroden aufkleben

**3** Elektroschock abgeben

**4** 30-mal Herzdruckmassage

2-mal Beatmung

**Gesetzlich vorgeschrieben**  
**In jeder Arbeitsstätte ab einem Arbeitnehmer muss mindestens ein Erst-Helfer bestellt werden.** Die Zahl der notwendigen Erst-Helfer hängt von der Anzahl der regelmäßig gleichzeitig beschäftigten Arbeitnehmer und von den Unfallgefahren ab. Das heißt, alle Beschäftigten, egal ob Teilzeitbeschäftigte, Schichtarbeiter usw. werden in die Berechnung einbezogen. Während der gesamten Arbeitszeit muss die gesetzliche Mindestanzahl an Erst-Helfer anwesend sein. Dies ist vor allem während der Urlaubszeit, bei Schicht- oder Nachtarbeit oder saisonalen Beschäftigungsschwankungen zu beachten. Auf Baustellen, in Werkstätten oder in Lagerhallen ist die Unfallgefahr am höchsten. Dort müssen für bis zu 19 Arbeitnehmer ein Ersthelfer, bis zu 29 Arbeitnehmer zwei Ersthelfer und für jeweils zehn weitere Arbeitnehmer ein weiterer Ersthelfer unter den Beschäftigten sein.  
**Die AK hat durchgesetzt, dass eine verlässliche Erste Hilfe auch für Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen sichergestellt wird.** In kleinen Betrieben mit 1 bis 4 Mitarbeiter müssen nun auch ausgebildete Ersthelfer vorhanden sein. Die Ausbildungskosten tragen die Betriebe. Die Mitarbeiter, die sich als Ersthelfer ausbilden lassen, müssen außerdem für die Zeit des Kurses von der Arbeit freigestellt werden.



Foto: BillionPhotos

Wie das österreichische Schulsystem in zehn Jahren aussieht, steht noch in den Sternen. Vorarlberg hätte bis dahin gerne die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen eingeführt, dafür muss Rot-Schwarz aber wegen der nötigen Mehrheit einen Partner mit ins Boot holen.

# Schulreform: Mennel lässt sich nicht beirren

Das Land Vorarlberg will an der Entwicklung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen festhalten. Das Projekt wird unbeirrt weitergeführt und soll nächstes Jahr mit Pilotschulen starten.

**VERHANDLUNGEN.** Das Land Vorarlberg treibt die Umsetzung der Schule der 10- bis 14-Jährigen trotz heftigen Gegenwinds aus Wien weiter voran. Bildungslandesrätin Bernadette Mennel will sich mit der 15-Prozent-Hürde für Schulversuche in den Bundesländern nicht abfinden und kündigt Widerstand an. Acht Arbeitsgruppen mit insgesamt 50 Mitgliedern werden sich in den kommenden Monaten mit den Inhalten auseinandersetzen,

ein erstes Grundkonzept soll in der zweiten Hälfte dieses Jahres präsentiert werden. „Landesrätin Mennel will an der Weiterentwicklung der Schulen der 10- bis 14-Jährigen festhalten. Auf Bundesebene signalisieren die Grünen, dem neuen Bildungspaket nur dann zustimmen zu wollen, wenn die 15-Prozent-Hürde fällt. Das werge-spannende Verhandlungsrunden im kommenden Frühjahr“, sagt Gerhard Ouschan, Leiter der AK-Bil-

dungspolitik. Die für den Beschluss nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament sei rechnerisch aber nur mit den Grünen möglich, die Freiheitlichen hätten schulpolitisch völlig andere Vorstellungen als Rot-Schwarz. **Gute Chancen** Ab dem Wintersemester 2017 soll das Konzept an ausgewählten Schulstandorten getestet werden, um Erfahrungen sammeln zu können für den vorarlbergweiten Start, der 2025

stattfinden soll. „Es ist beachtlich, dass sich das Land bei der Schule der 10- bis 14-Jährigen so klar gegen den Entwurf der Bildungsreformkommission stellt. Die Erfolgsaussichten stehen aus unserer Sicht aber nicht schlecht. Will die Regierung ihre Reform durch das Parlament bringen, braucht sie einen Partner, und der wird sich ohne Zugeständnisse in der derzeitigen Konstellation nicht finden lassen“, bemerkt Gerhard Ouschan abschließend.

## BÜCHER-TIPP

### Beziehungsgeflecht

Mit seinem Roman „Gefährliche Geliebte“ wurde Haruki Murakami im deutschsprachigen Raum bekannt. Sein Roman war es auch, der Sigrid Löffler und Marcel Reich-Ranicki beim „Literarischen Quartett“ so sehr in Streit versetzte, dass Löffler ihren Ausstieg aus der Sendung bekannt gab. Die erste Ausgabe wurde aus dem Englischen ins Deutsche übertragen, nun liegt die Übersetzung von Ursula Gräfe aus dem japanischen Original vor. Murakami ist ein Meister des Surrealen, man verliert sich gern in seiner typischen Mischung aus Magie und Realismus. Zum Inhalt: Der verheiratete Jazzbarbesitzer Hajime findet seine Kinderliebe Shimamoto wieder. Es entspinnt sich eine rasante Dreiecksgeometrie mit wechselnden Hauptdarstellern, an deren Ende – wie so häufig bei Murakami – der Protagonist eine Entscheidung treffen muss, die seinem Leben eine völlig neue Richtung gibt.

**Jürgen Gorbach**  
Redakteur  
E-Mail: [juergen.gorbach@ak-vorarlberg.at](mailto:juergen.gorbach@ak-vorarlberg.at)



Haruki Murakami: **Südl** der Grenze, **westlich** der Sonne; DuMont-Verlag, 224 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-8321-9707-0

# Hunderte Vorarlberger in der Erotik-Falle

Es klingt unglaublich, mit welcher Unverfrorenheit eine tschechische Firma Internet-User abzockt. Sie macht sich dabei die Scham zunutze, über die Nutzung einschlägiger Angebote zu sprechen.

**VERHÄNGNISVOLL.** Die Schilderungen der betroffenen Konsumenten sind glaubhaft. Die Sachverhaltsdarstellungen decken sich. In kurzer Zeit ist ihre Zahl allein bei der AK Vorarlberg dreistellig angewachsen. Es kann jeden treffen. Die Konsumenten berichten, beim Surfen sei willkürlich ein Pop-up mit Werbung für Internetplattformen erotischen Inhalts am Bildschirm erschienen. Das Pop-up zu schließen, reichte noch lange nicht aus: Es kam die Information, man habe durch Drücken eines Play-Buttons einen Vertrag abgeschlossen. Später erhielten die Konsumenten per Post eine Zahlungsaufforderung der Firma Lintel Star s.r.o. in Prag über 79,90 Euro. Für den ersten Monat... Offensichtlich wertet die tschechische Firma Angaben wie IP-Adresse des Computers oder die Mobilfunknummer des Handys aus,

auf denen gesurft wurde, um an die Adressen der „Kunden“ zu gelangen. Mehrere Konsumenten berichten aber auch, sie seien von der Firma telefonisch kontaktiert worden. Sollten die Dienste nicht gewünscht werden, schicke man gerne die Kündigungsunterlagen auf dem Postweg zu. Wer somit guten Glaubens seine Anschrift bekannt gab, fand wenig später die erste Zahlungsaufforderung im Briefkasten. Von Kündigungsunterlagen keine Spur! **Hintermänner in London** Die Argumentation von Lintel Star ist immer die gleiche: Der Konsument habe sich auf einer Internetplattform mit pornografischem Inhalt des Seitenbetreibers „Pulsira Limited“ in Großbritannien angemeldet; es sei ein Vertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen worden; die Nutzung der besagten Dienste sei für die ersten 72 Stunden kosten-

los und gehe danach automatisch in einen kostenpflichtigen Zugang über. „Der angebliche Vertragsabschluss ist rechtlich gleich in mehreren Punkten problematisch“, erklärt AK-Konsumentenschutz Dr. Franz Valandro, „verschiedene gesetzliche Bestimmungen werden einfach missachtet.“ So ist die sogenannte Button-Lösung nicht umgesetzt. Sie verpflichtet den Unternehmer, dem Konsumenten klar und in hervorgehobener Weise bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen, unmittelbar bevor dieser seine Bestellung übers Internet abgibt. Eine Bestätigung über den angebliehen Vertragsabschluss erhält der Konsument ebenfalls nicht. Auf das zwingende Rücktrittsrecht wird der Konsument nicht hingewiesen, ein Widerrufsformular steht weder auf der Webseite zur Verfügung, noch wird es an die Konsumenten über-

mittelt. Weiters unterlässt die Firma eine Aufklärung über die Zahlungspflicht der Leistung und die automatische Verlängerung des Vertrages. **Bis zu 900 Euro gefordert** Es kommt aber noch dicker. Nimm mehr sehen sich Personen, die auf die bisherigen Forderungen der Firma Lintel Star nicht reagiert haben, mit der zweiten Rechnungswelle konfrontiert. Und zwar über eine Jedermann Inkasso GmbH, deren Forderungen bis zu 900 Euro reichen. Spätestens jetzt sollten auch Betroffene, die tatsächlich einen Zugang zu den Erotik-Seiten wollten, ihre mögliche Scham überwinden und sich beraten lassen. Valandro: „Wir empfehlen die Schlichtungsstelle [www.ombudsmann.at](http://www.ombudsmann.at), sie wird von der AK unterstützt und hat am meisten Erfahrung mit internationalen Firmenkonstruktionen, wie es hier der Fall ist.“

## COMPUTER-TIPP

von Oliver Fink, Leiter der EDV-Abteilung der AK Vorarlberg



### GO Contact Sync Mod

Dieses Open-Source-Tool übernimmt die Synchronisation Ihrer Outlook-Daten mit Ihrem Google-Mail-Account. Dazu laden Sie das Programm von der Seite des Herstellers (<http://googlesyncmod.sourceforge.net/>) herunter, installieren es und führen es aus. Geben Sie im Programm Ihre Google-Mail-Daten ein – und die Ordner in Outlook, die mit Google Mail synchronisiert werden sollen. Dabei können Sie Kontakte und Kalender (Appointments) miteinander abgleichen. Wenn Sie bei „Run program at startup“ den Haken setzen, wird das Programm automatisch ausgeführt. Mit „Auto Sync“ und „Sync Intervall“ können Sie diese Aufgabe komplett automatisieren. Ihre Daten sind damit auf Ihrem Android-Handy und in Ihrem Outlook immer aktuell.

E-Mail: [oliver.fink@ak-vorarlberg.at](mailto:oliver.fink@ak-vorarlberg.at)

# Schweißtreibende Fitness-Verträge

Um ihrem Körper etwas Gutes zu tun, wählen viele den Gang ins Fitnessstudio. Die Entscheidung zu „mehr Sport“ sollte jedoch reiflich überlegt sein.

**BINDUNGEN.** Es ist ein Klassiker unter den Vorsätzen für das neue Jahr: Mehr auf seine Gesundheit achten. Da ist der Gedanke an ein Fitnessstudio nicht fern. Schließlich wissen wir ja alle, wie wichtig regelmäßige Bewegung für den Körper ist. Jahresbeginn und Frühjahr sind erfahrungsgemäß besonders beliebt, die sportlichen Ambitionen in die Tat umzusetzen. Manche Fitnessstudios bringen die Kunden allerdings auch mit ihren Vertragsklauseln ins Schwitzen. Viele Beschwerden im Konsumentenschutz der AK Vorarlberg betreffen die Frage der Kündigung von Fitnessstudioverträgen.

### Vorzeitige Kündigung

Daniela K. und ihre Freundin entschieden sich im März 2015 fürs gemeinsame Training im Fitnessstudio. In den ersten Wochen waren sie noch regelmäßig und mit Spaß am Sporteln. Nach zwei Monaten wollte die Freundin nicht mehr mitkommen. Daniela K. hielt tapfer weiter durch. Dann wechselte sie ihre Arbeitsstelle und es blieb immer weniger Zeit fürs Training. Und während des heißen Sommers war dann das Interesse ganz verfliegen. Also wollte sie den Fitnessstudiovertrag kündigen. So einfach war das nicht. Eine Kündigung sei frühestens am Ende Februar 2016 möglich, wurde ihr im

Studio erklärt. Bis dahin müsse sie weiter den monatlichen Betrag von 60 Euro bezahlen. Ist das rechtens? Daniela K. wollte es von der Konsumentenberatung wissen. Leider ja, wie sich bei der Prüfung des Fitness-Vertrags mit diesem Studio herausstellte: Sie hat sich durch ihre Unterschrift tatsächlich mit einer Mindestvertragsdauer von 12 Monaten einverstanden

können oder ob es eine Mindestdauer gibt. Achten Sie darauf, dass dies im Vertragstext auch tatsächlich so festgehalten ist. **Einige Fitnessstudios bieten den Kunden Verträge mit unterschiedlich langen Mindestvertragsdauern (6, 12, 18 Monate) zur Auswahl an, wobei bei der längsten Vertragsdauer der Monatsbeitrag am geringsten ist. Vorsicht: Für viele Kunden hat**

Mag. Gabriele Bertsch  
AK-Konsumentenberatung



Viele Beschwerden betreffen Fragen zur Kündigung der Verträge.

Mag. Gabriele Bertsch  
AK-Konsumentenberatung

erklärt, und damit, dass eine Kündigung davor nur mit Zustimmung des Studios möglich wäre. **Tipps der AK-Experten** Weil dieser Fall geradezu typisch ist, hier ein paar grundlegende Tipps der AK-Konsumentenberater für alle mit sportlichen Vorsätzen: **Schauen Sie sich mehrere Studios an, bevor Sie einen Vertrag unterschreiben. Vergleichen Sie Angebot und Preis, aber auch die Distanz zum Wohnort oder Arbeitsplatz. Je umständlicher der Weg, umso weniger werden Sie ein regelmäßiges Training durchführen.** **Fragen Sie vor Vertragsabschluss, ob Sie den Vertrag jederzeit beenden**

sich das schon als Falle entpuppt. Auch der geringere Monatsbeitrag wird dann als ärgerlich empfunden, wenn man es sich nach einigen Monaten anders überlegt und die Trainingsmöglichkeit gar nicht mehr nutzt. **Wählen Sie im Zweifel ein Fitnessstudio, das keine Mindestvertragsdauer von Ihnen verlangt! Hier sind Sie am sichersten, wenn sich Ihre persönlichen Lebensumstände verändern. Egal ob Arbeitsplatz- oder Wohnortwechsel, egal welche Gründe Sie sonst am Training hindern – nur hier können Sie vermeiden, Monatsentgelte zahlen zu müssen, obwohl Sie die Leistung nicht mehr in Anspruch nehmen.**

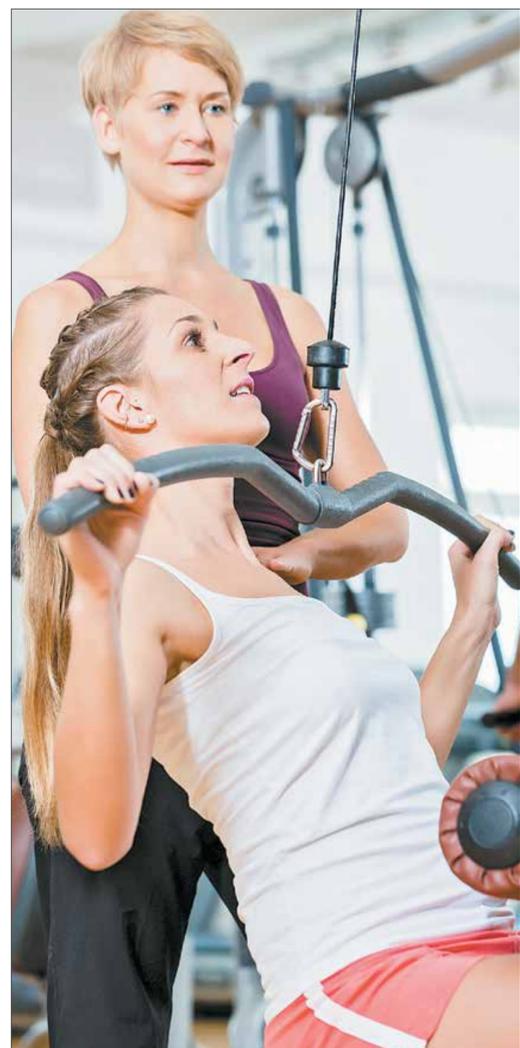


Foto: Fotolia

Konsumenten empfinden die oft lange Verpflichtungsdauer als Problem, denn Lebensumstände können sich rasch ändern.

# Spanisch verdoppelt

In den letzten 15 Jahren hat sich die Teilnehmerzahl im Sprachunterricht nachhaltig verändert.

**SPRACHGEWANDT.** Spanisch ist an den österreichischen Schulen weiter auf dem Vormarsch. Gegenüber dem Schuljahr 2001/02 hat sich die Zahl der Schüler im Spanisch-Unterricht von rund 17.000 auf 41.000 mehr als verdoppelt, zeigen die Zahlen der Statistik Austria für das Schuljahr 2013/14. Einen klaren Verlierer gibt es auch: Französisch. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der in Französisch unterrichteten Schüler von 125.000 auf 103.000. Neben Spanisch hat auch Russisch stark zugelegt, allerdings von

einem wesentlich niedrigeren Niveau aus. Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl von 3800 auf 7100 Schüler, in den letzten beiden Jahren stellten die Statistiker allerdings einen Rückgang um 300 Schüler fest. Auch Englisch als dominierende Fremdsprache musste zahlenmäßig Einbußen hinnehmen. Da aber nach wie vor fast alle (98 Prozent) der knapp 1,1 Millionen Schüler in Österreich Englisch-Unterricht haben, ist dieser Rückgang vor allem mit dem allgemeinen Minus an Schülern zu erklären.



Foto: CONTRASTO/STAST

Spanisch lernen liegt im Trend, die Zahl der Schüler, die Spanisch lernen, hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt.

Hebebaum	schlecht gemachte Arbeit	Fremdwortteil: Luft	niedert. Airline (Abk.)	ausgebildeter Handwerker	Leiter einer Bau-stelle	Ausruf des Erstau-nens	Augen-krank-heit	Ur-sprungs-ort	Landes-teil von Tansania	Tätig-keit zum Erfah-rung sam.
großer Ge-stains-brocken	11	griechischer Buch-stabe	madagassischer Halbaffe	Abgabe auf Ar-beits-entgelt	Jubilaeum im Stadion (La...)	Wald-antilope	Mutter des Gottes Zeus	8	Schuh-schnür-band	9
kleine bunte Glas-kugel	12	engl. Staats-mann (Tony)	nord-friesische Insel	Insell vor Sizilien	österr. Schrift-steller †1924	Haupt-stadt von Myanmar	dt. Philo-soph †1969	5	Initialen der Tempel	4
englisch: drei	1	Beschäf-tigter beim Staat	schnell gehen	Fremd-wortteil: gegen-über	Island	Fern-sehen, Radio	Neffe von Abraham (A.T.)	6	Vorfada-maschi-nen	Stadt am Weißen Meer
fast nicht	3	Gewandt-heit im Berah-men	Arbeits-gemein-schaft	Arbeits-raum der Ver-waltung	Fahrrad (engl.)	Explo-sionsge-räusch	Erfinder des Echolots †1952	13	spanischer Frauen-name	Ausbil-dung in einem Betrieb
Raum-ton-ver-fahren	14	Autor von Tom Sawyer	Mitar-beiter einer Firma	englisch: sein	Fette	Prärie-indianer-stamm	franzö-sische Käseart	10	Initialen von Sängerin Hagen	13
Buddhis-mus-richtung	1	Biene	heftiger Wind-stoß	griech. Göttin der Kunst	13					

► **Gesucht** ist der Begriff einer bestimmten beruflichen Freistellung. Auflösung auf Seite 14

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Entgelt-Erhöhungen nicht schrankenlos

Der VKI klagte erfolgreich die Denizbank AG wegen zwei Klauseln in ihren AGB, die eine schrankenlose Änderung der von den Kunden zu zahlenden Entgelte und Leistungen der Bank im Wege einer Zustimmungsfiktion (kein Widerspruch des Kunden) zulassen. Der OGH hatte bereits in der Vergangenheit ähnliche Klauseln von anderen Banken als unzulässig erklärt.

VW: Händler lassen Verjährungsfrist fallen

Über 53.000 österreichische VW-Fahrer haben sich zur Sammelaktion des Vereins für Konsumentinformation (VKI) angemeldet. Stichwort: Abgas-Skandal. Nach Interventionen ließen nun auch die VW-Händler einen Verjährungsverzicht auf Ende 2017 fallen und erklärten, auch bereits verjährte Ansprüche berücksichtigen zu wollen. Die Vergleichsverhandlungen sollen im Frühjahr starten.

Mobile Nutzung des Internets legt in Österreich deutlich zu

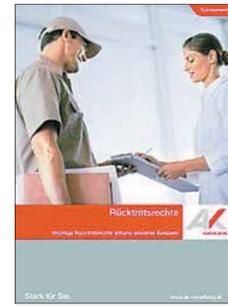
WWW. 85 Prozent der Bevölkerung in Österreich nutzen das Internet. Das ist der aktuelle von AIM (Austrian Internet Monitor) für das Jahr 2015 erhobene Wert. Insbesondere die mobile Internetnutzung hat innerhalb der letzten zwölf Monate stark zugelegt: via Tablet um 70 Prozent auf nun 29 Prozent, via Smartphone - trotz des höheren Ausgangsniveaus - immerhin noch um 17 auf 56 Prozent. Eng mit dieser Entwicklung verbunden ist die Mediennutzung über Online-Kanäle. Vor allem das Webradio hat deutlich gewonnen: Ein Drittel der Internetnutzer hört Radio via Livestream, und es handelt sich um kein Phänomen der Jungen, sind es doch die 30- bis 49-Jährigen, die überdurchschnittlich stark diesen Dienst nutzen.

Streaming überflügelt herkömmliches TV

Die „Millennials“ verändern massiv das gesamte Fernsehkonsumverhalten: Über 70 Prozent der in den Nuller-Jahren erwachsen Gewordenen nutzen bereits Streaming-Dienste wie Netflix - erstmals mehr als solche, die Programme über einen Fixanschluss sehen. Die Zahlen beziehen sich auf die USA, doch der Trend ist in Europa der gleiche.

Rücktritt vom Vertrag - geht das überhaupt?

Jede Vereinbarung - ob schriftlich oder mündlich - muss von den Vertragspartnern eingehalten werden. Nur unter bestimmten Voraussetzungen können Konsumenten ohne Angaben von einem Vertrag zurücktreten. Der 2015 erschienene Ratgeber klärt verschieben über die Möglichkeiten auf.



Kostenloser AK-Ratgeber

2000 Beschwerden bei neuer Reise-Schlichtungsstelle

HILFE. Seit gut einem halben Jahr steht in Österreich enttäuschten Kunden von Bahn-, Bus-, Schiffs- und Flugunternehmen eine neue zentrale Schlichtungsstelle zur Verfügung. Die vom Verkehrsministerium eingerichtete Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte (APF) vermittelt bei Streitfällen zwischen Reisenden und Unternehmen. Mehr als 2000 Beschwerden gingen in den

ersten Monaten ein. Die Erfolgsquote liegt nach Angaben der APF bei 90 Prozent. Rund 300.000 Euro seien bisher an Entschädigung ausbezahlt worden. Den größten Anteil nahmen Reklamationen zu Annullierungen von Flugreisen ein, gefolgt von Bahnreisen.

Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte: www.apf.gv.at

Um Zahlschein zu erhalten: zahlen!

Manche Firma probiert es über Umwege, seit Gerichte klargestellt haben, dass für Zahlungen per Zahlschein keine Gebühr verlangt werden darf. Ein niederösterreichischer Zusteller erhob ein Entgelt, dass er einen Zahlschein überhaupt zur Verfügung stellt. Das Bezirksgericht Gänserndorf schob dem einen Riegel vor: unzulässig! Das Urteil im Musterprozess ist noch nicht rechtsgültig.

Plötzlich war „Microsoft“ am Apparat ...

Die Konsumentenberater der AK Vorarlberg warnen vor Betrugsmasche: „Am besten sofort das Gespräch beenden!“

CYBER-BETRUG. In mehreren Vorarlberger Gemeinden wurden zuletzt zahlreiche Haushalte durchgeklungelt: Am Telefon angebliche Mitarbeiter der Firma Microsoft. Sie warnen vor Virenbefall oder reklamieren abgelaufene Lizenzen. Das Gespräch sollte sofort abgebrochen werden, empfiehlt AK-Konsumentenschutz Mag. Paul Rusching eindringlich. Denn

die Betroffenen werden in englischer Sprache aufgefordert, an ihrem Rechner bestimmte Eingaben zu tätigen, damit eine Fernwartung („remote-control“) durchgeführt werden könne. Rusching: „Folgt das Opfer den Anweisungen, so übernimmt der Betrüger die Kontrolle über den Computer. Nun können die Cyber-Kriminellen Schadsoftware am Computer ein-

bringen oder Konto- und sonstige persönliche Daten nutzen.“ Seriose Unternehmen würden nie von sich aus Service-Kontakt aufnehmen und eine „remote-control“ einfordern. Dass nach der angeblichen Fernwartung auch noch Geld (Kreditkartendaten!) verlangt wird, ist das iTüpfelchen der nicht ganz neuen Betrugsmasche.

AK warnt vor der Abo-Falle habibi.de

Schnäppchen erweisen sich als Luftschlösser. Dahinter steckt die neue Abzockmasche eines einschlägig bekannten Unternehmers.

HEISSE LUFT. Die Konsumenten werden vor allem auf Social-Media-Plattformen wie Facebook auf die Website von habibi.de gelockt. Dort werden dann Waren zu absoluten Schnäppchenpreisen angeboten, zum Beispiel ein iPhone um 17 Euro. Wer zuschlagen will, wird zunächst zur kostenlosen Anmeldung aufgefordert. Erst einmal angemeldet, erteilt den ahnungslosen Konsumenten die Nachricht seiner angeblichen Account-Betreuerin. Auch ein Foto der jungen Blondine gibt's, die verspricht, mit „Rat und Tat“ zur Seite zu stehen. Um ein Schnäppchen endgültig zu ergattern, wird

der Kunde dazu animiert, ein Premiumpaket auszuwählen. Dieses gebe es um 1 Euro für die Dauer von zwei Wochen. An dieser Stelle angekommen, wird wohl jeder in die perfide Abofalle tappen, der nicht sein Browserfenster mit einer Lupe absucht. In sehr kleiner, hellblauer Schrift wird darauf hingewiesen, dass das zweiwöchige „Testabo“ nur dann um einen Euro zu haben ist, wenn der Kunde innerhalb der Testphase von „Sonderkündigungsrecht“ Gebrauch macht. Ohne die „Sonderkündigung“ seien 59 Euro an Aktivierungsgebühr und eine Jahresgebühr von 98 Euro bei einer Mindestver-

tragslaufzeit von zwei Jahren zu zahlen.

Druck nicht nachgeben

Seit Dezember werden auch Konsumenten in Vorarlberg von der Habibi Media GmbH mit Zahlungsaufforderungen von 159 Euro beglückt. Das Geld solle sofort auf das Konto der Fidor Bank AG in München zur Anweisung gebracht werden, da man ansonsten mit hohen Zusatzkosten konfrontiert werde. Dem Zahlungsdruck, den das Unternehmen ausübt, sollte man jedoch nicht nachgeben, rät AK-Konsumentenschutz Dr. Franz Valandro.

Nach rechtlicher Beurteilung der AK Vorarlberg werden auf der Plattform habibi.de nämlich die gesetzlich normierten Informationspflichten nicht ausreichend eingehalten. Konsumenten, die eine Zahlungsaufforderung von dem Unternehmen erhalten, können sich auch an den Internet-Ombudsmann wenden. Er bietet neben einem Moderschriften auch kostenlose Online-Beratung und Streitschlichtung an.

Internet-Ombudsmann www.ombudsmann.at



FLACHBILD. Innovationen lassen auf sich warten, doch wer ein Gerät kaufen möchte, bekommt gute Leistung bereits für relativ wenig Geld. Plus und Minus des VKI-Tests kurzgefasst.

Im Test: Samsung Galaxy S

Hervorstechendstes Merkmal der Galaxy Tabs S2 in beiden Größen ist das Display. Von geringen Reflexionen abgesehen, zeigt es sogar im Freien höchste Brillanz und Darstellungsschärfe. Die Lautsprecherqualität gehört - für Tablet-Verhältnisse - zur besten auf dem Markt, wobei es bei der kleineren Ausführung fallweise zu Vibrationen kommt. Die Kamera liefert hochwertige Fotos, die lediglich

einen leichten Blaustich aufweisen. Videoaufnahmen in 4K sind möglich. Die Zahl der Anschlüsse wurde auf ein Minimum reduziert. Eine bessere Kennzeichnung wäre wünschenswert. Zum Einsatz kommt beim mobilfunktauglichen Modell eine Nano-SIM-Karte. Für das Öffnen des SIM- bzw. Micro-SD-Kartenschachts wird ein eigenes Werkzeug mitgeliefert.

Im Test: Apple iPads

Das iPad Pro hat es aus Zeitgründen nicht in den aktuellen Test geschafft, wird aber auf www.konsument.at nachgereicht. Das iPad Mini zählt wie gehabt zur Topklasse, ließ die Tester aber mit gemischten Gefühlen zurück. Vor allem die nicht erklärbar, von Zeit zu Zeit auftretende Verlangsamung der WiFi-Verbindung war ärgerlich. Beim Display hat Apple die Reflexionen weitgehend in den Griff bekommen, es mangelt dem aktuellen Modell jedoch an einer gewissen Brillanz. Unverändert bleiben die Apple-spezifischen Beschränkungen beim Datentransfer (nur über die iTunes-Software am Computer) sowie die fehlende Möglichkeit zur Speichererweiterung.

Im Test: Amazon Fires

Größere und teurere Tablets hat Amazon schon länger im Programm. Jetzt wird der Markt mit dem 60 Euro kostenden, kompakten Fire von unten aufgerollt. Im Sechserpack ist das Gerät noch preisgünstiger - als Basisausstattung für die ganze Familie, sofern alle fest

im Universum von Amazon Prime verankert sind. Allerdings bewegen sich auch die Leistungsdaten des billigen Fire-Modells am unteren Ende. Ein befriedigenderes Nutzererlebnis bietet das doppelt so teure Fire HD6. Und die Fire HDX 8.9-Modelle können sogar mit dem iPad Mini mithalten.

Im Test: Lenovos Tab

Das Tab 2 A10-70 überzeugt nicht zuletzt mit seiner großen Ausdauer bei der Videowiedergabe (weniger bei aktiviertem WiFi). Auch die Foto- und Videoqualität ist akzeptabel - leider im Gegensatz zu jener des Klangs.

Im Test: Asus ZenPads

Alle getesteten Asus ZenPads sind langsam bei der Datenübertragung vom und zum Computer. Mit der Frontkamera sind keine Videoaufnahmen möglich. Das ZenPad S 8.0 überzeugt mit seiner Display- und Fotoqualität. Das ZenPad 8.0 punktet gleichfalls mit Display- und Fotoqualität, dafür ist der Klang mager. Beim ZenPad 10.0 ist das Display gut, die Hauptkamera akzeptabel, die Frontkamera jedoch enttäuschend. Ein völlig anderes Produkt, nämlich ein Hybrid-Gerät, ist das im Test von Windows 8.1 auf 10 aufgerüstete Transformer Book Chi. Ein Gerät mit Potenzial, das wir aber aufgrund unserer Erfahrungen nicht wirklich empfehlen: Der USB-3.0-Anschluss funktionierte weder mit Drittanbieter-Kabeln (ein originales wurde nicht mitgeliefert) noch erkannte er USB-2.0-Geräte. Die Foto- und Videoqualität hat nicht überzeugt. Im Vergleich zu früheren

Testergebnisse Tablets bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch

Table with columns: Marke, Type, Mittlerer Preis in €, Testurteil, AUSSTATTUNG (Gewicht, Auflösung, Betriebssystem, etc.), and FUNKTIONEN (Musik, Fotos, etc.). Rows include Samsung, Apple, Amazon, Lenovo, and Asus models.

Zeichenerklärung: ● = ja ○ = nein entf. = entfällt k.A. = keine Angabe \*) Mobiltelefonie möglich \*) einziges Gerät im Test mit NFC \*) inklusive Tastatur \*) einziges Gerät im Test mit einem HDMI-Anschluss Beurteilungsnoten: sehr gut (+), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (-) Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: Oktober 2015



Die Online-Firma hält auf perfide Weise Konsumenten mit angeblichen Schnäppchen hin.

**LEHRLINGS-TIPP**

von Birgit Kaufmann, Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg

**Lohnzettel**

Lea arbeitet als Restaurantfachfrau und bekommt ihre Lehrlingsentschädigung auch mal bar ausbezahlt. Mal erhält sie mehr, mal weniger Lohn von ihrem Chef. Auf Anraten ihres Berufsschullehrers informiert sie sich bei der Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg. Hier erfährt Lea, wie hoch ihre Lehrlingsentschädigung sein muss, und dass ihr jeden Monat ein Lohnzettel zusteht. Sollte sie ihre Lehrlingsentschädigung bar erhalten, ist es wichtig, dass sie darüber eine Bestätigung erhält. Für sie gilt der Kollektivvertrag für das Hotel- und Gastgewerbe für Arbeiter. Darin ist auch geregelt, wie hoch ihre Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sind. Da Lea ihre Dienstkleidung selber kaufen muss, muss sie zusätzlich zur monatlichen Lehrlingsentschädigung eine sogenannte Dienstkleiderpauschale erhalten. Dies wurde auch im Lehrvertrag so vereinbart. Sollte Lea ihre Lehrlingsentschädigung bzw. Teile davon nicht erhalten, dann muss sie diese unverzüglich schriftlich beim Lehrberechtigten geltend machen, da diese ansonsten verfallen könnten. Die AK hilft ihr dabei gerne.

► **Information und Beratung:** www.akbasics.at

# Damit die Bewerbung auch zum Ziel führt

Da kann viel schiefgehen bei der Bewerbung für die Lehrstelle: Die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK weiß das und hat wichtige Tipps zusammengetragen, um so manchen Stolperstein aus dem Weg zu räumen.

**Vorstellungsgespräch**  
saubere Kleidung, kein Kaugummi, keine Mütze  
Handy ausschalten!  
Begrüßung mit festem Händedruck  
Termin unbedingt einhalten – auf keinen Fall zu spät kommen!  
Telefonnummer notieren  
Gedanken über evtl. gestellte Fragen machen (z. B. zur Bewerbung) wissen, was die Firma macht  
Achtung: Kann gut sein, dass ihr auch außerhalb des Gesprächs beobachtet werdet

**Layout und Schrift**  
Wähle ein schlichtes Layout für dein Schreiben: nichts kursiv, fett oder unterstrichen  
Rubriken allenfalls mit einer dezenten Farbe hervorheben  
geeignete Schriften sind: Calibri, Cambria, Times New Roman oder Arial  
Verwende nur eine Schriftart im gesamten Lebenslauf  
Keine Vorlagen aus dem Internet!

**Lebenslauf**  
am PC schreiben  
tabellarisch, nicht in ausführlicher Form  
aktuelles digitales Foto  
Inhalt:  
Vor- und Zuname, Adresse, Telefon, E-Mail (nicht: I-am-the-boss@gmx.at)  
Geburtsdatum  
besuchte Schulen und Abschlüsse  
Lieblingsfächer in der Schule  
Hobbys  
digitale Unterschrift

**Bewerbungsschreiben**  
weißes A4-Papier  
am PC – nicht handschriftlich!  
maximal 1 Seite  
Kontaktperson direkt anschreiben  
Grund der Bewerbung anführen  
mitteilen, wann die Schule zu Ende ist  
auf Rechtschreib- und Grammatiküberprüfung nicht vergessen  
zur Korrektur jemanden lesen lassen!

**Umgang mit Absagen**  
Nicht persönlich nehmen!  
In Erfahrung bringen, woran es gelegen hat, d. h. unbedingt nachfragen, auch wenn man oft keine ehrliche Antwort erhält. Aber: professionell bleiben, nicht trotz oder zickig  
Wie kann ich meine Chancen verbessern? Bewerbungstraining, reflektiert auftreten  
Frag dich: Wie bleibe ich motiviert? Da hilft es, die Struktur im Alltag, Sport, die eigenen Vorstellungen zu überdenken.

**Ein Recht auf Ausbildung**

„Es ist überfällig, dass alle Jugendlichen nach neun Jahren Pflichtschule weiterlernen“, so die AK zu den Plänen für „Ausbildung bis 18“, die Sozialminister Rudolf Hundstorfer vorgestellt hat. Die AK fordert, dass die Verpflichtung der Jugendlichen zu Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr als Recht auf Ausbildung umgesetzt wird. Es gehe nicht um Strafen für Eltern, deren Kinder keine Ausbildung machen. Die Ausbildungspflicht der Jugendlichen muss Bildungspflicht von Wirtschaft und Schulen sein. Sie müssen ausreichend Lehr- oder Schulplätze anbieten. Der Abschluss einer Ausbildung soll im Vordergrund stehen. Das verlangt den Schulen intensive Anstrengungen ab, um Abbrüche zu verhindern.

**Auflösung des Rätsels von Seite 10**

■ ■ ■ ■ ■ G ■ ■ ■ ■ ■ P ■ ■ ■ ■ ■ H ■ ■ ■ ■ ■ P  
S P A K E ■ L O H N S T E U E R  
■ F E L S ■ O L A T ■ R H E A  
M U R M E L ■ I ■ K A ■ F ■ K ■ A ■ K  
■ S ■ O ■ L ■ L E M U R ■ U ■ S T  
■ C ■ B ■ L A I R D ■ A N B E I  
T H R E P ■ P R U N D ■ U N K  
■ ■ ■ ■ ■ P A R A L O T ■ U K U  
A B L A G E R U N G ■ R A K E M  
■ E A ■ P L I ■ G ■ K ■ N A L L ■  
K A U M ■ L ■ B U E R O ■ A L L  
■ M F ■ T W A I N ■ A ■ B R I E  
S T E R E O ■ K ■ O E L E ■ N H  
Z E N ■ A R B E I T N E H M E R  
■ R ■ I ■ M M E ■ B O E ■ M U S E

Das gesuchte Lösungswort lautet: BILDUNGSKARENZ



Foto: Ludwig Barchhold

# Die wichtigsten Neuerungen im Arbeits- und Sozialrecht

Änderungen für Konkurrenzklauseln und All-in-Vereinbarungen – die neuen Richtwerte bei Förderungen auf einen Blick

**SCHLAGWORT.** 2016 bringt einige Verbesserungen im Arbeitsrecht, vor allem im Bereich der Arbeitsverträge. Die Änderungen werden bei hunderttausenden Arbeitsverhältnissen für mehr Transparenz sorgen und es außerdem den Arbeitnehmern erleichtern, den Arbeitsplatz zu wechseln. Viele Arbeitsverträge sind gespickt mit ungünstigen Regelungen für Arbeitnehmerinnen. Nun ist fix: Wer ab 2016 einen Arbeitsvertrag unterschreibt, muss sich auf einige unfaire Klauseln nicht mehr einlassen. Das haben ÖGB und AK durchgesetzt.

**Ersatz von Ausbildungskosten**  
Finanzieren Arbeitgeber die Ausbildung einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers, dann dürfen sie im Falle eines Jobwechsels die Ausbildungskosten zurückverlangen.

**Die Verbesserung bei Ausbildungskosten**  
Die Frist, innerhalb derer Ausbildungskosten von Arbeitnehmern zurückverlangt werden können, wird nun grundsätzlich auf maximal vier Jahre verkürzt. Außerdem wird die rückforderbare Summe von Monat zu Monat niedriger. Bisher war es zulässig, ein volles Jahr verstreichen zu lassen, ehe sich die Summe verringerte. Mit dieser neuen Regelung wird es für die Arbeitgeber nicht mehr so leicht sein, Beschäftigte unter Druck zu setzen, die den Arbeitgeber wechseln wollen. Das erhöht die Mobilitätschancen enorm.

**All-in-Verträge**  
All-in-Verträge waren ursprünglich nur für Führungskräfte üblich, mittlerweile sind sie selbst bei Niedrigverdienern an der Tagesordnung. Laut einer AK/ÖGB-Studie haben sogar in der niedrigsten Einkommensgruppe (bis 1300 Euro brutto) 19 Prozent der Beschäftigten eine All-in-Regelung oder eine Überstundenpauschale. Viele Firmen nutzen undurchsichtige All-in-Klauseln dafür, um ihre Beschäftigten rund um

**Die Verbesserung bei All-in-Verträgen**  
Künftig muss bei All-in-Verträgen der Grundlohn bzw. das Grundgehalt für die Normalarbeitszeit klar ausgewiesen sein.

die Uhr zur Verfügung zu halten. Für die tatsächlich erbrachte Leistung wird aber zu wenig bezahlt.

**Konkurrenzklauseln**  
Immer mehr ArbeitnehmerInnen haben sogenannte Konkurrenzklauseln im Vertrag stehen. Sie müssen sich damit verpflichten, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht in der Branche des ehemaligen Arbeitgebers tätig zu werden, und zwar bis zu einem Jahr lang nicht. Wer sich nicht daran hält, muss in vielen Fällen mit empfindlich hohen Vertragsstrafen („Konventionalstrafen“) rechnen. Das erschwert

**Die Verbesserung bei Konkurrenzklauseln**  
Konkurrenzklauseln darf es künftig nur mehr für Arbeitnehmer mit einem Monatsentgelt von über 3240 Euro geben – das 20-Fache der täglichen Höchstbeitragsgrundlage (162 Euro im Jahr 2016). Außerdem wurde die Höhe der Strafsanktion bei der Verletzung der Konkurrenzklausel begrenzt.

**Konkurrenzklauseln**  
Immer mehr ArbeitnehmerInnen haben sogenannte Konkurrenzklauseln im Vertrag stehen. Sie müssen sich damit verpflichten, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht in der Branche des ehemaligen Arbeitgebers tätig zu werden, und zwar bis zu einem Jahr lang nicht. Wer sich nicht daran hält, muss in vielen Fällen mit empfindlich hohen Vertragsstrafen („Konventionalstrafen“) rechnen. Das erschwert

den Arbeitsplatzwechsel erheblich. Konkurrenzklauseln sind inzwischen längst nicht nur mehr in Spitzenpositionen üblich, sondern sogar bei ungelerten Tätigkeiten.

**Die Verbesserung bei Lohnabrechnung**  
Arbeitnehmer haben künftig einen zivilrechtlichen Anspruch auf eine monatliche (in manchen Fällen wöchentliche) schriftliche, nachvollziehbare und vollständige Abrechnung ihrer Bezüge. Das bezieht sich sowohl auf das Entgelt als auch auf Aufwandsentschädigungen. Außerdem gibt es jetzt einen zivilrechtlichen Anspruch darauf, als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eine Kopie von der Anmeldung zur Sozialversicherung zu bekommen.

**Lohnabrechnung jetzt einklagbar**  
Arbeitnehmer haben künftig einen zivilrechtlichen Anspruch auf eine monatliche (in manchen Fällen wöchentliche) schriftliche, nachvollziehbare und vollständige Abrechnung ihrer Bezüge. Das bezieht sich sowohl auf das Entgelt als auch auf Aufwandsentschädigungen. Außerdem gibt es jetzt einen zivilrechtlichen Anspruch darauf, als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eine Kopie von der Anmeldung zur Sozialversicherung zu bekommen.

**Die Verbesserung für Teilzeitbeschäftigte**  
Künftig gibt es eine Informationspflicht des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin: Ist geplant, im Betrieb eine Stelle mit höherem Arbeitszeitmaß oder eine Vollzeitstelle auszuscheiden, müssen die Teilzeitbeschäftigten vorher darüber informiert werden. Verletzen ArbeitgeberInnen diese Informationspflicht, müssen sie mit einer Geldstrafe von bis zu 436 Euro rechnen.

**Die Verbesserung für Teilzeitbeschäftigte**  
Künftig gibt es eine Informationspflicht des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin: Ist geplant, im Betrieb eine Stelle mit höherem Arbeitszeitmaß oder eine Vollzeitstelle auszuscheiden, müssen die Teilzeitbeschäftigten vorher darüber informiert werden. Verletzen ArbeitgeberInnen diese Informationspflicht, müssen sie mit einer Geldstrafe von bis zu 436 Euro rechnen.

► **AK-Experten für Sie** da Büro für Familien- und Frauenfragen, Tel.: 050 258 2600, E-Mail: familie.frau@ak-vorarlberg.at  
Arbeitsrecht-Hotline Tel.: 050 258 2000



## Änderungen in den Sozialversicherungen

Zum Jahreswechsel traten in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung neue Rechengrößen in Kraft.

### Beitragsgrundlagen

Ab 1.1.2016 beträgt die <b>Höchstbeitragsgrundlage</b>	4860,-€
nach dem ASVG	4860,-€
für Sonderzahlungen	9720,-€
nach dem GSVG	5670,-€
Grenze für die Versicherungspflicht ( <b>Geringfügigkeitsgrenze</b> )	415,72 € täglich
monatlich	31,92 €
Kein oder geringerer Beitrag zur <b>Arbeitslosenversicherung</b> bei niedrigerem Einkommen	0%
bis 1311 €	0%
über 1311 bis 1430 €	1%
über 1430 bis 1609 €	2%
über 1609 €	3%
Freiwillige Weiterversicherung in der <b>Pensionsversicherung</b>	1292,76 €
Höchstbeitrag	1292,76 €
(Beitragsgrundlage)	5670,-€
Mindestbeitrag	173,74 €
(Beitragsgrundlage)	762,-€

### Freiwillige Weiterversicherung in der Kranken-

versicherung

## versicherung

Monatsbeitrag grundsätzlich (Beitragsgrundlage 5262,90 €)	397,35 €
Mindestbeitrag für Studenten (Beitragsgrundlage 733,80 €) ...	55,40 €

### Selbstversicherung in der Kranken-

Selbstversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung bei <b>geringfügiger Beschäftigung</b> (§ 19a ASVG)	58,68 €
Monatsbeitrag	58,68 €
<b>Einkauf von Schul- und Studienzeiten</b>	
Damit Schul- und Studienzeiten als Ersatzmonate in der Pensionsversicherung leistungswirksam werden, ist ein Beitrag zu entrichten. Dieser beträgt je Monat bei Besuch einer mittleren oder höheren Schule	1108,08 €
bei Besuch einer Hochschule	1108,08 €
Wer vor dem 1.1.1955 geboren ist, muss einen Risikozuschlag zahlen. Jeder Monat des Nachkaufs kostet bei einer Antragstellung im Jahr 2015 nach Vollendung des 60. Lebensjahres	2592,91 €

## Rezeptgebühr

Höhe der Rezeptgebühr	5,70 €
-----------------------	--------

### Grenzbeträge für die Befreiung von der Rezeptgebühr für

a) Personen, deren monatliche Nettoeinkünfte folgende Werte nicht übersteigen	882,78 €
für Alleinstehende	1323,58 €
für (Ehe-)paare	1323,58 €
b) Personen, die infolge von Leiden oder Gebrechen überdurchschnittliche Ausgaben nachweisen und deren monatliche Nettoeinkünfte folgende Werte nicht übersteigen	1015,20 €
für Alleinstehende	1522,12 €
für (Ehe-)paare	1522,12 €
Die angeführten Grenzbeträge erhöhen sich für jedes Kind um	136,21 €
Seit 1.1.2008 werden die Rezeptgebühren mit 2 % des (jährlichen) Nettoeinkommens begrenzt.	

### Kostenbeitrag bei Kuraufenthalt

Bei einem Kuraufenthalt oder einer Rehabilitation ist ein Kostenbeitrag zu leisten, der vom monatlichen Einkommen abhängig ist. Dieser **Kostenbeitrag** beträgt pro Tag bei

## einem monatlichen Einkommen

bis 1464,16 €	7,78 €
1464,17 bis 2045,55 €	13,33 €
über 2045,55 €	18,90 €

### Personen, deren Einkommen den

**Ausgleichszulagenrichtsatz** für Alleinstehende (882,78 € für 2016) nicht übersteigt, sind von der Zahlung des Kostenbeitrages befreit.

### Mitversicherung in der Krankenversicherung

Mit 1.1.2001 wurde die beitragsfreie Mitversicherung für Ehegatten bzw. Lebensgefährten abgeschafft. Der **Beitragsatz** von 3,4 % der Beitragsgrundlage in der Sozialversicherung (Bruttoentgelt) wird von der Krankenversicherung vorgeschrieben.

## Kinderbetreuungsgeld

Das Kinderbetreuungsgeld kann seit 1.1.2010 in 5 Varianten bezogen werden:

- Langvariante: bis zum 30. bzw. 36. Lebensmonat des Kindes täglich ..... 14,53 €
- Kurzvariante 1: bis zum 20. bzw. 24. Lebensmonat täglich ... 20,80 €
- Kurzvariante 2: bis zum 15. bzw. 18. Lebensmonat täglich ... 26,60 €
- Kurzvariante 3: bis zum 12. bzw. 14. Lebensmonat täglich ..... 33,- €
- Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld: bis zum 12. bzw. 14. Lebensmonat täglich min. 33 € ..... bis max. 66 €

### Die Entscheidung für eine Variante ist bei der ersten Antragsstellung zu treffen und bindet beide Elternteile.

## Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz

Stufe 1	157,30
Stufe 2	290,00
Stufe 3	451,80
Stufe 4	677,60
Stufe 5	920,30
Stufe 6	1285,20
Stufe 7	1688,90

**TREFFPUNKT AK VORARLBERG** Menschen bewegen

**WOHNSITZ.** 1378 **Männer** und 1276 **Frauen** sind 2014 von einem anderen Bundesland nach Vorarlberg gezogen – insgesamt 64 Personen weniger, als dem Ländle den Rücken kehrten.

Binnenwanderung		
So viele Personen zogen zu		
	zu	weg
Wien	776	933
Tirol	763	861
OÖ	323	179
Stmk.	272	286
NÖ	247	198
Salzburg	139	107
Kärnten	102	118
Bgld.	32	36

Quelle: Vfbg. Landesregierung

**ZERO.** Die heftige Kritik an den islamischen Kindergärten von Wien mag Bürgermeister **Michael Häupl** nur als ÖVP-Intrige werten. Ist das nicht ein bisschen gar zu einfach?



**HERO.** Ein brasilianisches Gericht hat die Betriebserlaubnis des umstrittenen Belo-Monte-Staudamms suspendiert. Das ist vor allem dem Einsatz von Bischof **Erwin Kräutler** zu verdanken.



# Hauptsache Uni? Das ist der falsche Weg

Der „Akademisierungswahn“ produziert „zu viele Bildungsverlierer und Gescheiterte“, kritisiert der deutsche Philosoph Julian Nida-Rümelin – die AK lädt ihn am 8. März ein.



Julian Nida-Rümelin ruft auf zur Rückbesinnung auf die handwerkliche Ausbildung.

**AUF DEM IRRWEG.** Bäcker mit Bachelor? Immer mehr Bildungswege werden auch hierzulande nur noch wertgeschätzt, wenn sie akademisch verlaufen. Die klassische berufliche Bildung hat das Nachsehen. Aber ist die Lehre tatsächlich nur zweite Wahl? Und wird mit einer solchen Einstellung ein zukunftsträchtiger Weg beschritten?

Die Debatte um die Lehre, die 2015 erfolgreich von der AK Vorarlberg angestoßen wurde, hat das Imageproblem der dualen Ausbildung deutlich zutage treten lassen. Die AK bittet deshalb am 8. März 2016 den deutschen Philosophen **Julian Nida-Rümelin** in Feldkirch aufs Podium. Nida-Rümelin gehört neben Jürgen Habermas und Peter Sloterdijk zu den renommiertesten Philosophen in Deutschland. Er lehrt Philosophie und politische Theorie an der Universität München. Seine Zwischenrufe lösen seit Jahren heftige Diskussionen aus.

**Akademisierungswahn**

Der Philosophieprofessor und frühere SPD-Staatsminister stieß 2013 den Diskurs zum Akademisierungswahn mit einem Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ an. Dazu erschien im Oktober 2014 bei der Edition Körber-Stiftung der Essay „Der Akademisierungswahn – Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung“.

Die Situation in Deutschland spricht Bände: Der Berufsbildungsbericht 2015 weist einen Minusrekord bei Ausbildungsverträgen aus. Für den Fachkräftemarkt kein gutes Zeichen, warnt die Wirtschaft, die für viele Lehrstellen gern Bewerber mit Matura hätte.

Nida-Rümelins eindringliche Warnung: Laut Studien ist bis 2030 in Deutschland mit einer Lücke von über vier Millionen nichtakademischen Fachkräften zu rechnen. Wo sollen die herkommen, wenn bald jeder studiert und sich „keiner mehr die Finger schmutzig machen will“? Der Trend zu immer mehr Hochschulbildung geringschätze „das Handwerkliche, das Technische, aber auch das Soziale, das Ethische, das Ästhetische“, sagte Nida-Rümelin in einem Streitgespräch mit Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU).

Im Saal der AK Vorarlberg wird er am 8. März 2016 ab 19 Uhr seine Thesen untermauern und sich der Diskussion stellen. Der Eintritt ist frei.

► **Anmeldung bis spätestens Mittwoch, 2. März 2016 unter gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at oder Telefon 050/258-4026**

**SCHENDARMAZEIPOLERIE**



**Polizei sucht** dringend Nachwuchs: Welche Voraussetzungen sind nötig? Die Bewerber müssen die österreichische Staatsbürgerschaft haben, mindestens 18 Jahre alt und unbescholten sein. Nähere Informationen gibt's im Internet unter [www.polizei.gv.at](http://www.polizei.gv.at) oder bei der Landespolizeidirektion Vorarlberg, Personalabteilung, Bahnhofstraße 45, 6900 Bregenz, E-Mail: [LPD-V-Personalabteilung@polizei.gv.at](mailto:LPD-V-Personalabteilung@polizei.gv.at), Tel.: 059133-80-0

**3600 EURO FÜR VEREIN SONNENBLUME**



**Funktionäre der AK** waren in der Vorweihnachtszeit u. a. im Messepark und im Zimbapark unterwegs und haben kleine Keksausstecher verkauft. Der Reinerlös von 3600 Euro kommt chronisch kranken Kindern zugute, die der Verein Sonnenblume betreut. Die AK unterstützt Obfrau Manuela Ortner und ihr Team seit 2008. In sieben Jahren kamen 29.730 Euro zustande. AK-Präsident Hubert Hämmerle, Vizepräsidentin Jutta Gunz und viele Kammerrätinnen und Kammerräte stellten sich auch heuer in den Dienst der guten Sache.

**SCHULKLASSEN IN DER AK**



**Politische Bildung** Die 1. Klasse der angehenden Frisöre an der Landesberufsschule Feldkirch hat sich von Birgit Kaufmann aus der Lehrlings- und Jugendabteilung der AK die Aufgaben der Arbeiterkammer erklären lassen und das Haus besichtigt.

**MOFF.** HADERER in Aktion [www.scherzundschund.at](http://www.scherzundschund.at)

BUCHHANDLUNG RETHER

PIES IST DIE KUNDENTOILETTE DER BUCHHANDLUNG RETHER. AMAZON-KUNDEN GEHEN BITTE BEI AMAZON AUFS KLO.

# Bei „Ex“ sah Bank durch die Finger

Vorarlberger Geldinstitut wollte den Streit mit ehemaligem Mitarbeiter um Konkurrenzklausele auf die Spitze treiben – Erstgerichtsurteil aufgehoben.

**ARBEITSRECHT.** Im Namen der Republik! Das Oberlandesgericht Innsbruck hat nach Intervention durch die AK Vorarlberg ein Urteil des Arbeits- und Sozialgerichts Feldkirch aufgehoben. In erster Instanz war ein Unterländer Bankangestellter verpflichtet worden, seinem ehemaligen Arbeitgeber, einer Vorarlberger Genossenschaftsbank, rund 5000 Euro zu zahlen, weil er zu einem anderen Geldinstitut gewechselt war. Es ging um die berühmt-berüchtigten Konkurrenzklausele.

Dabei hatte das Erstgericht die Forderung schon auf ein Drittel reduziert. Nach der Verhandlung hätte sich der ehemalige Dienstgeber sogar auf einen Vergleich eingelassen. Die Bedingung aber war, dass der Ex-Mitarbeiter die Details mit ins Grab nehmen müsse – andernfalls wären 10.000 Euro fällig. Diese Verschwiegenheitsklausele ging der Gegenseite dann doch zu weit. Die Bank hatte den Bogen überspannt.

**AK vertrat den Angestellten**

Der Fall ging in die Berufung. Der von der Genossenschaftsbank beklagte Familienvater war von Be-

ginn an von Dr. Gertrud Broger, Leiterin der AK-Geschäftsstelle Dornbirn, vertreten worden. Und von Beginn an hatte die Arbeitsrechtsexpertin dafür plädiert, dass die angedrohte Konventionalstrafe in diesem Fall nicht schlagend werden kann. Dafür machte sie eine Reihe von Gründen geltend, denen das Oberlandesgericht schließlich folgte.

Unter anderem sah der Arbeitsvertrag vor, dass der Bankangestellte, sollte er die Genossenschaftsbank verlassen, ein Jahr lang nicht bei einem anderen Geldinstitut im Bezirk Bregenz, Dornbirn oder Feldkirch eine Stelle antreten dürfe. Im Bezirk Bludenz schon, auch im Ausland. Die im Laufe von 23 Jahren erworbenen Spezialkenntnisse würden ihm im Ausland allerdings nichts nutzen. Außerdem: Dieses Spezialgebiet, in dem der Familienvater arbeitet, spielt sich im „Back office“-Bereich ab – und wenn er auch bei seinem nunmehrigen Dienstgeber die gleiche Tätigkeit ausübt, sei sie nicht konkurrenzierend zu seiner Ex-Bank, deshalb könne diese auch keinen geschäftlichen Schaden durch den Arbeitswechsel erleiden.

Oder mit anderen Worten: Es gehörte weder vorher noch jetzt zu den Aufgaben des Mitarbeiters, Kunden zu akquirieren.

Das Oberlandesgericht Innsbruck begründete die Abweisung der Berufung durch den ehemaligen Arbeitgeber sinngemäß damit, dass die Konkurrenzklausele dem Mitarbeiter „zweifelsfrei“ sein berufliches Fortkommen erschwert. Unter den gegebenen Umständen sei die Klausel nicht rechtswirksam zustande gekommen.

**Konsequenzen bedenken**

Auch wenn dieser Fall für den Bankangestellten gut ausging und der Schutz der Arbeitnehmer vor überzogenen Konkurrenzklausele nicht auf die leichte Schulter zu nehmen (siehe Seite 15) – Dr. Gertrud Broger mahnt, Konkurrenzklausele nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: „Man wird sie nicht immer aus dem Arbeitsvertrag herausbekommen. Das wäre blauäugig. Aber man sollte sich der Tragweite seiner Unterschrift bewusst sein. Fragen Sie nach oder erkundigen Sie sich vorher, welche Konsequenzen es geben kann. Die AK-Arbeitsrechtsexperten sind für Sie da.“

**Was nächsten Monat zählt**



**FAHREN** Am 1. muss spätestens die neue Autobahnvignette auf Fahrzeug geklebt sein • **FASNAT** 2016 ist die Narrenzzeit besonders kurz: Am 10. ist bereits Aschermittwoch • **SCHULE** 15. bis 20. Semesterferien in Vorarlberg • **SCHALTJAHR** 2016 ist ein Schaltjahr, der Februar dauert damit einen Tag länger

Jänner 2016 Nr. 1/2016, XXX. Jg. Zugestellt durch Post.at

**ABENTEUER** Allein auf dem Atlantik. Seite 9



**KONSUMENT** 18 Tablets im Test. Seite 12  
**BEILAGE** Alle Kursangebote des BFI der AK Vorarlberg  
**ARBEIT** Die wichtigsten Änderungen. Seite 15

# Aktion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz



**Gewinnen Sie 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf**

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKTION bitte bis 12. Februar 2015 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, AKTION, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung für 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. 3 x 2 Skikarten gewonnen haben in der Dezemberausgabe Gordian Kranzlmüller aus Dornbirn, Armin Zoderer aus Bürs und Berta Fessler aus Lochau. Wir gratulieren!

● **Frage 1: Wie viele polnische Staatsbürger waren 2015 (mit Ende Juli) in Vorarlberg beschäftigt?**

● **Frage 2: Welches Vielfache der Höchstbeitragsgrundlage beträgt seit Jahresbeginn die untere Grenze des Monatsgehaltes, damit überhaupt eine Konkurrenzklausele zulässig ist?**

● **Frage 3: Die Tablets welches Herstellers schnitten beim VKI-Test am besten ab?**



# Wie einen Lehrplatz ergattern?

Bis Ende 2015 sind in Vorarlberg 2188 Personen – davon 1455 Burschen und 733 Mädchen – ins erste Lehrjahr gestartet. Das bedeutet ein hauchdünnes Plus von 0,74 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2014 waren es 2171). Der Weg zu einem guten Ausbildungsplatz beginnt mit der Bewerbung. Die AK hilft da gerne. ▶ Seite 14

**Erste Hilfe im Betrieb**

In Betrieben passieren immer noch zu viele Arbeitsunfälle. Betroffen sind laut Statistik vor allem Männer. Sie verletzen sich in der Arbeit dreimal so oft wie Frauen. Wenn etwas passiert, muss schnell gehandelt werden. Im Betrieb gibt es die dafür ausgebildeten ErsthelferInnen. Das Rote Kreuz ([www.rotekreuz.at](http://www.rotekreuz.at)) bietet Kurse an. Die AK hat alle gesetzlichen Bestimmungen zusammengefasst: <http://bit.ly/1kHMXXR>

**1** Bewusstseinskontrolle durch Ansprechen, Berühren und Schmerzreiz

Keine Reaktion

**HILFE RUF! TEL. 144**

**3** Atemwege freimachen und Atemkontrolle

max. 10 Sek. lang durch Sehen, Hören, Fühlen

Keine normale Atmung

**4** 30-mal Herzdruckmassage

2-mal Beatmung

**Sobald der Defibrillator zur Verfügung steht → DEFIBRILLIEREN**

**1** Defibrillator einschalten und den Anweisungen des Geräts folgen

**2** Elektroden aufkleben

**3** Elektroschock abgeben

**4** 30-mal Herzdruckmassage

2-mal Beatmung

**Gesetzlich vorgeschrieben**  
**In jeder Arbeitsstätte ab einem Arbeitnehmer muss mindestens ein Erst-Helfer bestellt werden.** Die Zahl der notwendigen Erst-Helfer hängt von der Anzahl der regelmäßig gleichzeitig beschäftigten Arbeitnehmer und von den Unfallgefahren ab. Das heißt, alle Beschäftigten, egal ob Teilzeitbeschäftigte, Schichtarbeiter usw. werden in die Berechnung einbezogen. Während der gesamten Arbeitszeit muss die gesetzliche Mindestanzahl an Erst-Helfer anwesend sein. Dies ist vor allem während der Urlaubszeit, bei Schicht- oder Nachtarbeit oder saisonalen Beschäftigungsschwankungen zu beachten. Auf Baustellen, in Werkstätten oder in Lagerhallen ist die Unfallgefahr am höchsten. Dort müssen für bis zu 19 Arbeitnehmer ein Ersthelfer, bis zu 29 Arbeitnehmer zwei Ersthelfer und für jeweils zehn weitere Arbeitnehmer ein weiterer Ersthelfer unter den Beschäftigten sein.  
**Die AK hat durchgesetzt, dass eine verlässliche Erste Hilfe auch für Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen sichergestellt wird.** In kleinen Betrieben mit 1 bis 4 Mitarbeiter müssen nun auch ausgebildete Ersthelfer vorhanden sein. Die Ausbildungskosten tragen die Betriebe. Die Mitarbeiter, die sich als Ersthelfer ausbilden lassen, müssen außerdem für die Zeit des Kurses von der Arbeit freigestellt werden.

# Die Steuerreform wird endlich sichtbar

Mit Ende Jänner weisen Lohnzettel das „Mehr Netto vom Brutto“ erstmals aus – jetzt muss die Abschaffung der kalten Progression aufs Tapet – auch mehr Steuergerechtigkeit täte in Österreich noch.

**MEHR GELD.** Zahlen wie fünf Milliarden kann sich in Wahrheit ja niemand vorstellen. Deshalb bleibt die Tatsache, dass die Steuerreform in den kommenden zwei Jahren so viel Geld bewegen wird, abstrakt. Mit Ende Jänner 2016 aber können rund 6,5 Millionen österreichi-

sche Arbeitnehmer und Pensionisten gut nachvollziehbare Zuwächse auf ihren Konten feststellen. Wenn dort 80, 90, 100 Euro mehr stehen, ist die Tarifreform wirksam. Damit ist nach zähem Ringen ein Ziel erreicht: „Betriebsräte und Funktionäre von AK und ÖGB haben

den Weg gebahnt“, betont AK-Präsident Hubert Hämmerle. Die Steuerreform nahm in Vorarlbergs Arbeitnehmervertretung ihren Ausgang. Was folgt als Nächstes? Das „Aus“ für die kalte Progression nennt Hämmerle als Ziel. Und mehr Steuergerechtigkeit, die in Österreich

noch immer hinkt. Von den 81,8 Milliarden, die das Finanzministerium 2015 einnahm, stammten 27,3 Milliarden aus Lohnsteuern, 26,3 Milliarden brachte die Umsatzsteuer. Aber nur ein Drittel der Gesamteinnahmen stammt aus Steuern auf Gewinne, Spirit & Co. ▶ Seiten 4, 5

**Arbeit ist für viele mehr als nur ein Job**

In der Studie „Österreichs beste Arbeitgeber 2015“ sprechen 83 Prozent der 30.000 befragten Mitarbeiter ihren Führungskräften das Vertrauen aus. Für 85 Prozent hat ihre Arbeit mehr Bedeutung, als nur einen Job zu haben.

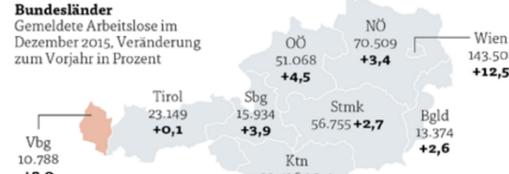
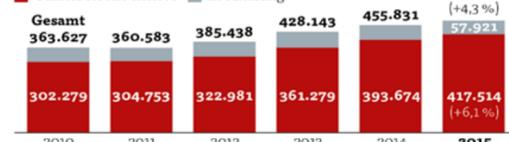
► **Landle-Hitliste** In Vorarlberg suchen AK und vol. at jedes Jahr die besten Arbeitgeber: [bestearbeitgeber.vol.at](http://bestearbeitgeber.vol.at)

**Zeitwort**  
**Wiki und die starken Seiten**

Was haben der Vorstandsvorsitzende, der seine Rede mit Zitaten würzt, und der 13-jährige Mittelschüler kurz vor dem Geschichtereferat gemeinsam? Sie wären ohne Wikipedia geliefert.

Die Enzyklopädie, deren deutschsprachiger Boden allein derzeit von 5662 Internet-Nutzern gemeinschaftlich bestellt wird, bietet seit 15 Jahren freies Wissen im Internet. Das Online-Lexikon ist schuld daran, dass der Brockhaus mit Goldschnitt nur noch erhalten muss, wenn ein paar Zentimeter bis zur Suppe fehlen. Was da in 280 Sprachen weltweit täglich um 20.000 neue Artikel wächst, suggeriert uns erfolgreich, dass wir nichts mehr lernen müssen, weil Wissen klickbar geworden ist. Andererseits lebt dieses Angebot im weltweiten Datennetz, wo alles kommerzialisiert wird, ausschließlich von Spenden. Und ist damit der lebende Beweis, dass Wissen per se etwas wert ist. tm

**Arbeitslosigkeit auf Höchststand**



**Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg**

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500  
Info Arbeitsrecht – 2000  
Insolvenzrecht – 2100  
Sozialrecht – 2200  
Lehrling/Jugend – 2300  
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500  
Familie/Frau – 2600  
Konsumentenschutz – 3000  
Steuerecht – 3100  
AK Bregenz – 5000  
AK Dornbirn – 6000  
AK Bludenz – 7000

f /akvorarlberg  
[www.ak-vorarlberg.at](http://www.ak-vorarlberg.at)